

leicht und billig dieselben in vielen Fällen behoben werden können. Kritisch wandte er sich gegen die Baumeister und Architekten, die nun endlich auch damit beginnen, vor dem Entwurf der Pläne sich nach den von dem Fabrikgesetz gestellten Anforderungen zu erkundigen und die bestehenden Vorschriften von vorneherein mehr zu berücksichtigen, als es früher der Fall war. Indessen wird immer noch viel gefehlt, besonders in Beziehung auf Ventilationseinrichtungen. Nüsserli bemerkte sehr treffend, „der Baumeister sollte sich weit mehr mit dem Studium der Hygiene befassen, als es bisher im Allgemeinen geschehen ist“. Er macht den Baumeistern den Vorwurf, daß gar manchem von ihnen noch die Kenntnis über die Wichtigkeit einer richtigen und zugfreien Ventilation gebricht, sowie über die Bedeutung einer reinen Athmungs-luft für die Gesundheit des arbeitenden Menschen.

In dem Fabrikinspektor Nüsserli verlor die schweizerische Arbeiterschaft einen treuen, für sie sehr wichtigen Freund. Für die meisten Fabrikinspektoren kann Nüsserli als Ideal gelten und wir möchten ihnen besonders das Studium seiner immer interessanten Inspektionsberichte empfehlen, sie können daraus lernen, gerecht zu sein.

Zur Naturgeschichte der Ordnungsparteien.

Leipzig, 21. Juni.

Einige Tage vor der Wahl 1887 ließ das Komitee der Ordnungspartei in Leipzig Stadt und Land an alle Ecken ein Plakat anschlagen, welches die Ueberschrift trug:

„Die Sozialdemokratie, die Partei der Lüge“. Nach Enttarnung des Kriegsschwindels bei der 87er Wahl ist es unnötig, daß sich unsere Partei gegen jenes Nachwort verteidigt, heute wollen wir aber allemal nachweisen, daß die sogenannte „Ordnungspartei“ die Partei der Lüge und der Verleumdung ist. Bei der Wahl am 21. Februar 1890 gab die Ordnungspartei folgendes Flugblatt heraus:

„An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!
Wähler!

Durch alle sozialdemokratischen Reden geht jetzt gewöhnlich ein Zug der Mäßigung. Die Redner stellen sich als ruhige Reformer dar, welche nur friedlich ihr Ziel erreichen wollen — das ist nicht wie Mäße, darauf berechnet, den ruhigen Staatsbürger, den Arbeiter, den Handwerker, den Beamten, welcher mit irgend einer Einrichtung des Staates unzufrieden ist, zu fördern und seine Stimme zu fangen.

Der wahre Charakter der Sozialdemokratie entpuppt sich aber oft genug, dann bricht mit elementarem Gewalt der Haß gegen das Bestehende hervor, dann zeigt sich der anarchistische Zug in seiner ganzen Abscheulichkeit.

Zwei Worte, die jeder Mensch, dessen Gefühl noch nicht abgestumpft ist, heilig hält, können die Sozialdemokraten zur blinden Wuth reizen:

Waterland und Gottesfurcht.

Die Liebe zur Heimath, zu Vater und Mutter muß angezogen werden, wenn die Sozialdemokratie blühen; — die Verehrung Gottes muß lächerlich gemacht werden, wenn die Sozialdemokratie Früchte tragen soll.

Und sie trägt Früchte, an ihnen könnt Ihr sie erkennen! Als es bei der letzten Versammlung in Lindenau unserem bisherigen bewährten Reichstagsabgeordneten Dr. Götz endlich, trotz des Geschreies und dem Gesohle der Sozialdemokraten, gelungen war, zum Wort zu kommen, da streifte die Sozialdemokratie ihr Lamfell ab und war ganz wieder der Wolf von früher.

Als Dr. Götz das Wort „Waterland“ ansprach, begleitete die Sozialdemokratie dasselbe mit Geschrei und Johlen, und die Behauptung des Redners, daß sie den Glauben an Gott verloren hätten, bewiesen sie durch den darauf entstehenden wüsten Standal, durch den Jurus, daß man 1890 an einen Gott nicht glaube! Waterlandslos sind sie schon lange, daß sie auch gottlos sind, das haben sie damit bestätigt.

Dieser Jurus steht der sozialdemokratischen Partei wie ein Brandmal an der Stirne geschrieben, unverlöschlich, und er wird ihr einst zum Verderben gereichen.

Wenn solche Reden öffentlich fallen, dann ist es freilich kein Wunder, wenn die Familienbände gelöst werden, wenn selbst der Verlust des eigenen Fleisches und Blutes, das Brechen eines Kinderauges, das Verstummen eines lachenden Kindes, das der Stolz und die Freude des Vaters sein soll, diesen nicht zurückhält von Rohheiten. Paßt es nicht trefflich zu der sozialdemokra-

tischen Forderung, daß die Kinder den Eltern weggenommen werden sollen, um vom Staate erzogen zu werden, wenn einer der lautesten Schreier feigenommen werden muß, und dieser Mann, der es in der Versammlung im Johlen und Brüllen Allen voran gethan hat, nachher demüthig bittet, entlassen zu werden, weil er in einer Stunde sein Kind begraben müsse!

Wahrlich, niemals ist die Frivolität der Sozialdemokratie so nackt in die Erscheinung getreten, wie in diesem Falle, noch nie hat man so klar die zersetzende Thätigkeit derselben erkannt: — der Vater mit wüstem Geschrei in der Versammlung, sein Kind zu Hause auf der Bahre!

Welchem Vater, welcher Mutter schaudert es nicht bei diesem Gedanken; und das ist erst der Anfang, das soll ja immer so sein, das soll ja dereinst allgemeine Sitte werden, daß das eigene Fleisch und Blut nichts mehr den Eltern gilt. Die Freude des Vaters an dem strahlenden und tragenden Auge der Kleinen, die herzliche Liebe der Mutter zu dem von ihr mit Schmerzen geborenen Kleinkind, sie muß nach sozialdemokratischen Begriffen ausgerottet werden — wie das angeführte Beispiel des Vaters in Lindenau zeigt. Nebel und Liebknecht haben oft genug die beliebige Auflösung der Ehe als die Nothwendigkeit und Folge des sozialdemokratischen Programms hingestellt. Ihre Lehre trägt Früchte, wie man sieht.

Wer von Euch Ihr deutschen Männer hat den Muth, diese Anschauung zu verteidigen, wer von Euch deutsche Frauen und Mädchen möchte eine solche Ordnung der Dinge: keine Ehe, ein Zusammen- und Auseinanderlaufen alle Tage?? Das Gefühl des Vaters, das Gefühl der Mutter muß ausgerottet werden, damit eine kleine Gesellschaft ihren Gelüsten nachgehen kann! Weit ist es im Jahre 1890 mit der Sozialdemokratie gekommen. Kein Wunder, daß der Sozialdemokrat nicht an Gott glaubt, so lange es ihm wohl geht. Geht es ihm schlecht, ja dann ist das vielleicht etwas anderes.

Werk bei der Sozialdemokratie immer auf ihr Endziel! Die Forderungen, welche den Arbeiter schützen, werden von anderen Parteien auch befürwortet, gerade für sie ist der Mann eingetreten, welcher bisher unser Abgeordneter war, Dr. Götz!

Ordnung und Recht muß herrschen, Anstand und Sitte muß geachtet werden, die soziale Entwicklung kann nur allmählig geschehen; zu Gunsten der Arbeiter müssen noch viele Geseze erlassen werden. Dafür tritt Dr. Götz, der viel angefeindet und angegriffene Kandidat mit ehrlichem Mannesmuth ein — die Sozialdemokraten aber sind gegen das Kranken-Versicherungsgesez, gegen das Unfall-Versicherungsgesez, gegen das Alters- und Invalidengesez. Wer vertritt nun die Interessen der Arbeiter? wer den Anstand und die gute Sitte?

Einzig und allein:
Dr. med. Ferdinand Götz-Lindenau.
Diesen wählt am 20. Februar 1890!

Dies das Flugblatt.

Herausgegeben ist dasselbe von dem „Ordnungs-Wahl-Komitee“.

Folgende Herren bildeten das Komitee der Ordnungspartei:

Oekonomierath Bollsaack, Groß-Hochher.
Professor Dr. Howard, Leipzig-Gohlis.
Mühlenbesitzer Schmidt, Groß-Hochher.
Kunstmaler Spang, Leipzig-Neudau.
Gründer der Dohmischen, Probsthaide.

Wie man sieht, spielte das Ordnungs-Wahlkomitee den Mann mit dem Kinde auf der Bahre gegen die Sozialdemokratie als Haupttrumpf aus und durch diesen sogenannten „Nabenvater“, der in der gesammten Ordnungspresse aufmarschierte, suchte das Ordnungs-Wahlkomitee die sozialdemokratische Partei in den Augen der Bürger herabzuwürdigen. Die Redakteure des „Leipziger Tageblatts“ und der amtlichen und „anständigen“ „Leipziger Zeitung“, Herr Heinrich Uffe und Herr Dr. Habernia haben insbesondere ihr Mögliches gethan, um das abschreckende Bild des „sozialistischen Nabenvaters“ in ihren Zeitungen der Masse der Wähler vorzuführen. Sie haben die Wahr an hervorragender Stelle in ihren Zeitungen in die Welt hinausposaunt.

Die Sozialdemokratie hat sich, wo ihr ein Irrthum oder eine Unrichtigkeit nachgewiesen wurde, dies pflichtgemäß richtig gestellt. Nun, jetzt wollen wir die Situationsprobe machen und sehen, ob obige Herren gleichfalls dieser Transaction huldigen und ob sie, wenn ihnen eine Unwahrheit nachgewiesen wird, dieselbe in ihren Zeitungen berichten.

Wohlan: in einer Schöffengerichtsverhandlung, welche am 1. Mai hier in Leipzig stattfand, hat der Mann, von welchem die bekannte „Nabenvater“-Geschichte erzählt wird — also der angebliche „Nabenvater“ in eigener Person — auf die Frage des Vorsitzenden, ob er Sozialdemokrat sei, mit Entrüstung erklärt:

„Nein, niemals war ich Sozialdemokrat!“

Der Mann hat also nie der Sozialdemokratie angehört und doch haben die obengenannten Herren die Sozialdemokratie für diesen Mann verantwortlich gemacht, sie haben diesen Mann der Welt vorgestellt, was er entschieden nicht war, und die oben genannten Mitglieder der „Ordnungspartei“ und der „Partei der

Sie wußte, daß ein Bankrott nicht mehr zu befürchten war. Die Gläubiger hatten es vorgezogen, angesichts eines solchen Eigensinnes sich untereinander zu verständigen. Wenn Alles bezahlt war, konnte der Onkel ganz einfach auf die Straße hinaus gehen.

— Aber was werden Sie hernach thun? murmelte sie, um einen Uebergang zu dem Auerbieten zu finden, welches sie nicht zu formuliren wagte.

— Ich weiß es nicht, sagte er, man wird mich irgendwo von der Straße auflesen.

— Hören Sie mich an, mein Oheim, sagte Denise endlich verlegen: Es wäre für Sie eine Inspektorstelle da.

— Wo denn? fragte Baudu.

— Mein Gott, da drüben bei uns, 6000 Franks und keine anstrengende Arbeit.

Er blieb plötzlich vor ihr stehen, aber anstatt sich zu erzáren, wie sie befürchtet hatte, war er erbläst unter der schmerzlichen Erregung, in der herben Resignation seines Herzens.

— Da drüben, da drüben, stammelte er wiederholt. Du willst, daß ich da drüben eintreten soll?

Denise selbst war tief bewegt. Wieder sah sie den langen Kampf der beiden Bontils, wieder nahm sie Theil an dem Leiden ihrer Cousine Genevieve und ihrer Tante Baudu, sie sah das „Alte Elbeuf“ zu Boden gestürzt, erzwängt durch das „Glück der Damen“. Und der Gedanke, daß ihr Onkel nun da drüben mit der weißen Kravatte auf- und abspazieren soll, presste ihr das Herz zusammen.

— Ist dies möglich, Denise, meine Tochter? sagte er einfach, indem er seine zitternden Arme kreuzte.

— Nein, nein, mein Oheim, rief sie in einer Aufwallung ihres gütigen und gerechten Wesens. Es wäre schlimm, vergehen Sie mir, ich bitte Sie.

Er nahm seinen Marsch durch dieses leere, einer Gruft ähnliche Haus wieder auf und als sie ihn verließ, ging er in seinem stummen verzweifelten Schmerz noch immer hin und her.

Denise verbrachte abermals eine schlaflose Nacht. Sie hatte ihre Ohnmacht eingesehen, selbst für die Züriker konnte sie keinen Trost schaffen. Sie mußte der unbezwinglichen

Wahrheit“ haben demnach eine Unwahrheit in der Masse des Volkes verbreitet. Jetzt, nachdem der Fall aufgedeckt und die Wahrheit an das Tageslicht gekommen, sind die genannten Herren verpflichtet, falls die einfachen Gebote des Anstandes für sie gelten, die von ihnen behauptete und verbreitete Unwahrheit im „Leipziger Tageblatt“ und in der „Leipziger Zeitung“ zu widerrufen.

Wir jetzt haben wir vergebens auf den Widerruf gewartet. Lassen sie ihn nicht und geben sie keine befriedigende Erklärung bezüglich dieses Falles ab, so weiß jeder Mensch, was er von diesen Herren zu halten hat.

Sämmtliche Zeitungen, welche die „Nabenvaternotiz“ in ihren Zeitungen öffentlich ausgeteilt haben, sind gleichfalls verpflichtet, diese verläumderische Unwahrheit zu berichtigen. Erfüllen sie diese Ehrenpflicht nicht, so empfehlen wir den Arbeitern, diese Herren bei jeder Gelegenheit unter die Nase zu reiben.

Der „Nabenvater“ war kein Sozialdemokrat, es war im Gegentheil ein Parteigenosse der reichstreuen Kartellbrüder.

Politische Uebersicht.

Kraftproben. Es giebt Kraftproben und Kraftproben, — je nach dem Standpunkt, von welchem aus man die Sache betrachtet. Herr Windthorst hat diesmal — anlässlich der Militärvorlage — eine „Kraftprobe“ nicht vornehmen wollen — erst im Winter oder nächsten Jahre glaubt er stark genug zu sein.

„Morgen, morgen, nur nicht heute,
Sprechen immer träge Leute!“

Das heißt Leute, die keine Lust haben, etwas zu thun. Und das ist in dieser Frage der Fall mit Herrn Windthorst. Herr Windthorst hat keine Kraftprobe machen wollen.

Dafür hat aber der Reichskanzler, oder sagen wir: die Reichs-Regierung diesmal eine Kraftprobe gemacht. Und sie ist gelungen. Die Regierung zählte darauf, daß der „Thurm“ des Zentrums nicht fest stehen werde — sie berechnete die gegenseitigen Kräfte und — wagte die „Kraftprobe“. Und siehe da, die Rechnung hat gestimmt. Das Zentrum ging unter das landinische Joch, die Militärvorlage hat die Majorität erlangt; der Reichstag hat abermals eine Gelegenheit veräumt, sich die der Volksovertretung gebührende Machtstellung zu erkämpfen, die Regierung hat einen neuen Sieg über das Parlament davongetragen. Kurz, die „Kraftprobe“ ist zum Nachtheil des Reichstags ausgefallen, und die deutsche Volksovertretung befindet sich jetzt der Reichsregierung und dem Militarismus gegenüber in einer ungünstigeren Lage als vorher; die gegenseitigen Machtverhältnisse haben sich zu Ungunsten des Reichstags verschoben, und bei der nächsten Kraftprobe, die dem Reichstag — mag die Majorität wollen oder nicht — durch die Logik der Thatsachen wird aufgezwungen werden, muß die Volksovertretung, um zu siegen, eine weit größere Kraft aufwenden, als jetzt nötig gewesen wäre. Und das verdanken wir dem Zentrum.

Freilich ein Gutes hat der feige Verrath, den das Zentrum geübt hat. Es hat sich selber die Maske abgewaschen. Und das deutsche Volk wird, durch die Erfahrung gewöhnt, in Zukunft der Bauernfängerei des Zentrums nicht mehr so leicht zum Opfer fallen.

Daß Herr Miquel auch einmal recht „revolutionär“ geworden war, geht aus einer Rede Hasselmann's, die derselbe im Jahre 1878 bei Beratung des Sozialistengesetzes (zweite Lesung) gehalten hat, hervor. Hasselmann sprach über die Auflösung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ und beschuldete dann die „auch gefährliche Agitation“ des Nationalvereins, den man aber unangekämpft lasse. Hasselmann sagte damals wörtlich folgendes:

„Ich könnte Ihnen Mittheilungen zur Genüge vorführen, aus denen Sie ersehen könnten, welche Absichten und Ansichten gegen bestimmte Gesellschaftsklassen sich äußerten — hier war besonders die Klasse der sogenannten „Junger“ ins Auge gefaßt — und sich innerhalb des Nationalvereins hinter den Kulissen in derselben Art breit gemacht haben, wie man sie heute als staatsgefährlich hinstellt. Zwei hervorragende Redner und Führer dieser Partei führten einmal ein Gespräch, welches ich mit angehört habe. Es war damals, als ich meinen ersten politischen Ausflug als 19jähriger Student machte, auf der Generalversammlung des Nationalvereins im Jahre 1864. Der eine derselben war unser Kollege Bürger; er hatte eine fulminante Rede gehalten, und als er den Saal verließ, hörte ich zufällig, wie einer seiner Freunde ihm auf die Schulter klopfte und sagte: „das war zu scharf gesprochen, so

ihrem Onkel ein. Der Luchthändler war allein in seiner dunklen Boutik „Zum alten Elbeuf“. Die Haushälterin kam nur am Morgen und am Abend, um ihm seine frugalen Mahlzeiten zu bereiten und ihm bei Schließung der Fensterschäden behilflich zu sein. Er verbrachte da ganze Tage in seiner Einsamkeit, ohne daß ihn Jemand störte, und wenn doch hier und da eine Kundschaft kam, war er so betroffen, daß er die verlangten Waaren kaum zu finden vermochte.

— Geht es Ihnen besser, Onkel? fragte Denise.

— Ja, ja, sehr gut, ich danke Dir, erwiderte er, seinen ewigen Marsch von der Kasse nach einem dunklen Winkel des Ladens fortsetzend.

— Haben Sie das Getöse gehört? fragte sie, das Haus ist zu Boden gestürzt.

— Ach ja, murmelte er erstaunt. Es muß das Haus gewesen sein. Ich fühlte den Boden erzittern. . . Als ich heute Morgens die Arbeiter auf dem Dache sah, schloß ich meine Thür.

Und er machte eine Geberde, als ob er sagen würde, daß diese Dinge ihn nicht interessiren.

Jedesmal, wenn er zum Kassenpult zurückkehrte, betrachtete er das leere Bänkchen, dieses mit abgenüttem Sammt überzogene Bänkchen, wo seine Frau und seine Tochter so lange gesessen. Dann, wenn sein ewiger Marsch ihn wieder zu dem dunklen Winkel führte, betrachtete er die Fächer, in welchen einige Stücke Tuch ruhig schimmelten. Es war ein verwittertes Haus; Diejenigen, die er geliebt, waren fort, sein Geschäft fiel einem schmähligen Ende anheim, er allein ging noch ausrecht mit seinem todten Herzen und seinem gebrochenen Stolz inmitten dieser Katastrophen.

Endlich wagte Denise den Gegenstand zu berühren, der sie herbeigeführt hatte.

— Sie können so nicht länger bleiben, mein Oheim. Sie müssen einen Entschluß fassen.

— Ohne in seinem Gange inne zu halten, erwiderte er:

— Ohne Zweifel, aber was soll ich anfangen? Ich habe versucht, auszuverkaufen, aber es ist Niemand gekommen. Mein Gott, eines Morgens werde ich die Boutik schließen und werde gehen.

Arbeit beizuhören, welche das Leben verrichtete, das aus todtten Körpern unanshörllich neues Leben schafft. Sie wehrte sich nicht länger, sie akzeptirte dieses Gesez des Kampfes, aber ihre Frauenseele war von unendlichem Mitleid und von Bärtlichkeit erfüllt bei dem Gedanken an die leidende Menschheit. Seit Jahren gehörte sie selbst zu dem Jahworte der Maschine. Hatte nicht auch sie dabei gelitten, war nicht auch sie gepeinigt, verhöhnt, verjagt worden? Mouret hatte diese ungeheure Maschine erfunden, um die Welt zu zermalmen. Diese Maschine, deren brutale Funktion sie mit Entrüstung erfüllte; er hatte das ganze Stadtviertel mit Ruinen besät, die Einen geplündert, die Anderen getödtet. Und sie liebte ihn dennoch, gerade um der Größe seines Wertes willen. Sie liebte ihn noch mehr bei jedem Ausbruch seiner Macht, trotz der Thronen, trotz des Glanzes, welche sie im Gefolge hatte.

Sechstes Kapitel.

Die Rue du Dix-December, ganz neu mit ihren freigelegten Häusern und den letzten Gerüsten einiger verspäteten Neubauten breitete sich in einer klaren Februarsonne aus; eine Fluth von Wagen verkehrte frei inmitten dieser breiten, lichten Breche, welche in den feuchten Schatten des alten Saint-Roche-Stadtviertels geschlagen worden war; und es gab zwischen der Rue de la Michodiere und der Rue de Choiseul ein Gedränge, fast einen Aufruhr einer Menge, welche durch die seit einem Monat betriebenen Reklamen aufgeflackelt worden war; man drängte sich, die Nase in die Luft gestreckt, vor der monumentalen Fagade des „Glücks der Damen“, welche diesen Montag bei Gelegenheit der großen Weißwaaren-Ausstellung, eröffnet werden sollte.

Es war ein weitläufiger Komplex von polychromer Architektur, hervorgehoben durch die Farbe des Goldes, das Bewähl und den Glanz des im Innern betriebenen Handels ver kündend, die Augen der Passanten auf sich ziehend, wie eine riesenhafte Anklage, welche in den lebhaftesten Farben glänzt. In Erdgeschloß war die Dekoration, um der Wirkung der den Auslagen aufgehäuften Stoffe nicht zu schaden, eine einfache: ein Sockel von meergrünem Marmor, die Säulen und die Pfeiler waren mit

Theater.

Freitag, den 27. Juni.
Opernhaus. Lohengrin.
Schauspielhaus. Die Quignow's.
Berliner Theater. Gräfin Lea.
Deutsches Theater. Der Kompagnon.
Friedrich-Wilhelmstäd. Theater.
 Der arme Jonathan.
Wallner-Theater. Mamsell Ni-
 touché.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Ostend-Theater. Heinrich Heine.
 Vorher: 1783 Thlr. 22 1/2 Sgr.
Sallealliance-Theater. Der Nau-
 tilus.
Kroll's Theater. Die Favoritin.
Baummann's Variétés. Große Spe-
 zialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andros,** Alexander-
 straße 27 c.
 Auftreten d. Siederfängerin Fr. Stelnow.
 Auftreten des Gesangshumoristen Herrn
 Jonas.
 Auftreten des Komikers, Mimikers und
 Stimmen-Imitators Herrn Gödicke.
 Auftreten der Geschwister Horzog.
 Auftreten des musikalischen Neger-
 Klown Mr. de Volks.

Stablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
 Täglich:
Grosses Garten-Concert.
 Direktion **J. Ködman.**
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Wochentags 10 Pfg.
 Sonntag- und Festtags 25 Pfg.
 Bei ungünstiger Witterung in den
 unteren Restaurationsräumen.
 Großer Frühstück- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Wägenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 Die oberen Säle bleiben bis auf
 Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
 611 **F. Müller.**

Vassage 1 Er. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.

Kaiser-Panorama.
 Hervorrag. Sehenswürdigk. d. Residenz.
 Eine Wanderung durch Rom.
 Eine bequeme Rheinreise.
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
 Abonnement 1 M.

Rheinländischer Tunnel,

gen.: „Die fidele Nagelleiste“,
 Berlin N., Wasserstraße 78,
 gegenüber der Bergstraße.
 Im Lokal photographisches
 Atelier zur Benutzung. — Jeder
 Gast, auch wenn derselbe nur für
 10 Pfennige verkehrt, wird
gratis photographiert
 und erhält sein Bild sofort als
 Gratispräsent. Höchst scherzhaft!
H. Schultze (mit'n h.)
 Einzige Keller-Photographie
 der Welt. 1940

Allen Freunden und Genossen
 empfehle mein 1802

Weiß- u. Bairisch-Bier-Local.

Gustav Kunze,
 19. Kürassierstrasse 19.
 Empfehle mein Bierlokal sowie
 Arbeiter-Respektive; sämtliche Ge-
 werkschafts-Organen liegen aus.
Emil Böhl,
 854 Frankfurter Allee 74.

Nothabak A. Goldschmidt,

Spandauerbrücke 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich
Grösste Auswahl.
Garantirt scharf brennende
Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindlichen Nothabake sind am
 1853 Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
 am Lade'schen Markt.

Glaserei, Spiegel- und Bilder-

einrahmung.
 Verkauf von Bildern bewährter Volk-
 männer. Besonders empfehlenswerth
 Sinnprüche. Neu: Nebel u. Liebnecht,
 Pendant 87: 51 em hoch. Bestellungen
 nach auswärts brieflich. 1050
Karl Scholz,
 Brangelstraße 32, Eingang vom Flur

Polstermöbel,

einfach und elegant, hält vorräthig und
 liefert nach Bestellung solid und billig
C. Wildberger,
 Tapezirer und Decorateur, 1702
 60, Rommandanten-Strasse 60.
 Aufpolstern von Sophas und Ra-
 teaux wird prompt und billigst besorgt
 Ein tüchtiger Gefanglehrer, welcher
 im Stande ist **stets dienstags** Uebungs-
 stunde abzuhalten, kann sich melden
 Prinzen-Allee 89 bei Gleise (Restaur.).

Generalversammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter
 und verwandten Berufsgenossen
 am Sonnabend, den 28. d., Abds. 8 Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
Tages-Ordnung:
 1. Beschlussfassung über die Abänderung des Arbeitsnachweises.
 2. Erziehung des Vorstandes und der Rechtschutz-Kommission.
 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Mitglieds-
 buch legitimirt. Es ist Pflicht eines jeden Vereinskollegen, in dieser Versamm-
 lung zu erscheinen. 2168 **Der Vorstand.**

Große öffentliche Versammlung

aller Hausdiener Berlins
 am Freitag, den 27. Juni, Abends 9 Uhr,
 in „Feuerstein's Salon“, Alte Jakobstraße 75.
Tages-Ordnung:
 1. Der Werth der Gewerkschafts-Kongresse. Refer.: Th. Glocke.
 2. Endgiltige Beschließung über die eventuelle Beschickung des Kongresses in
 Hannover. 3. Die Veruntreuungen in unserem Berufe, deren Ursachen und
 Wirkungen. Ref.: Aug. Kubntko. 4. Verschiedenes. 2157
 Um recht zahlreiches Erscheinen bittet **O. Wiemer,** Jüdenhof 7, I.

Grosse Versammlung

des Allgem. Arbeiterinnenvereins sämtl. Berufszweige
 Berlins und Umgegend (Filiale III, Rixdorf)
 am Sonnabend, den 28. d., Abds. 8 1/2 Uhr, in Hoffmann's Lokal, Bergstr. 139.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtv. Herrn Heindorf. 2. Dis-
 kussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. Herren und Damen
 als Gäste haben Zutritt. Zur Deckung der Unkosten findet Tellerammlung statt.
 Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein. — Um recht zahlreiches
 Erscheinen bittet Die Bevollmächtigte: Fr. Kritschke, Göthestr. 3.

Gr. öffentl. Steinmetz-Versammlung

am Freitag, den 27. Juni, Abends 8 Uhr,
 in Domack's Salon, Johannisstr. 20.
Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom Bunzlauer und Wiesbadener Streif.
 2. Abrechnung vom 1. Mai.
 3. Verschiedenes. 2140
 Es wird gebeten, sämtliche Quittungen mitzubringen.
 Der Einberufer: **A. Hempel,** Müllerstr. 3, III.

Reinickendorf.

Montag, den 30. d. M., Abds. 8 Uhr, im Restaurant Lüddecke, Amendestr. 1:
Große Volksversammlung.
 T.-D.: 1. Vortrag des Reichstags-Mitgl. Herr F. Tatzauer über: „Die
 Errichtung von Gewerbegerichten und die Stellung des Reichstags zur Regie-
 rungsvorlage“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 2163
 Zur Deckung der Unkosten Entree nach Berlin. Um zahlreichen Besuch
 bittet Der Einberufer: **Ad. Thal.**

Große öffentliche Versammlung

der Putzer Berlins u. Umg.
 am Montag, den 30. Juni, Nachm. 5 Uhr,
 im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 43.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Stadtv. Herrn Heindorf über: „Unsere heutige wirtschaf-
 tliche Lage. 2. Abrechnung des Generalfonds und Neuwahl der Vertrauens-
 männer. 3. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet Tellerammlung
 statt. Der Einberufer: **H. Siefort,** Staligerstr. 54a.
 NB. Sämtliche Kollegen, welche noch Marken zum Vertrieb haben,
 werden hiermit aufgefordert, dieselben spätestens bis Montag, den 30. d. M.,
 an die Vertrauensmänner abzuliefern. 2165

Zur gefl. Beachtung!

Sonnabend, den 28. Juni cr.,
V. Stiftungsfest des Gesangvereins Lorbeerkranz
 im Stablissement Elysum, Sandberger Allee 89/41, verbunden mit großem
 Garten-Konzert und Ball, zum Besten des arbeitsunfähigen Webers Drn. Pflkon-
 roth. — Billets à 20 Pfg. sind bei sämtlichen Mitgliedern und in den mit
 Plakaten belegten Handlungen zu haben; an der Kasse 25 Pfg. 2144
 Die Kassefläche ist geöffnet. Abends 10 Uhr Kinderfidelio.
 Alle Freunde und Gönner ladet freundlichst ein **Das Fest-Komitee,**

Fachverein der Tischler

Berlins und Umgegend.
Weissensee.
 Sonnabend, 28. Juni, Abends 8 Uhr,
 in Dowein's Salon, Königs-Chaussee:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Der Werth einer gewerkschaftlichen
 Organisation unter den heutigen Zeit-
 verhältnissen. Referent: **Th. Glocke.**
 2. Ernennung eines Bevollmächtigten
 und eines Schriftführers für Weissensee.
 3. Verschiedenes und Fragelasten.
 Gäste haben Zutritt. — Neue Mit-
 glieder werden aufgenommen. 2164
Der Vorstand.

Allgemeiner

deutscher Sattlerverein.
 Mitgliedschaft Berlin.
 Sonnabend, 28. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Reyer, Alte Jakobstrasse 83:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Gewerkschaftliches.
 2. Verschiedenes.
 3. Fragelasten. 2178
Der Vorstand.

Möbel, Spiegel und

Polsterwaaren.
 Ganzo Ausstattungen empfiehlt
Moritz Gläser.
 167. Reichenbergerstr. 167. 1905

Sophabezüge!

Jeder Liebhaber einer guten Preise
 verlange gratis
echten bayerischen Brasil
 der ersten bayerischen Schnupstabsfabrik
 Heinrich Schütz in Osterhofen, Bayern,
 in den Niederlagen in Berlin:
 Julius Janz, An der Rannowbrücke 1.
 Hugo Krotoschnor, Staligerstr. 15.
 J. Klbanski, Louisestr. 17.
 Bernh. Kunzert, Andreassstr. 23.
 M. Rogenstein, Engel-Ufer 1.
 Schneider & Cie., Louisestr. 30.
 Joan Schüler, Manteuffelstr. 97.
 A. Schweitzer, Dresdenerstraße (City-
 Passage). 2162
 C. Weiss, Dresdenerstr. 120.
 Otto Winkler, Bärwaldstr. 47.
 In Charlottenburg:
 F. Corlach, Berlinerstr. 54.
 Herm. Schleich, Berlinerstr. 113.

Freunden und Genossen empfehle mein

Mehl- und Vorkost-Geschäft,
 verbunden mit
Grüntram, Holz und Kohlen.
 Auch sende ich Milch und Sach-
 waare frei ins Haus. 2149
H. Purann,
 Adalbertstr. 80 i. Keller.

Hamburger Maurer!

Alle in Berlin arbeitenden Hamburger Maurer werden
 dringend ersucht, am Sonntag, den 29. Juni, Vormittags
 10 Uhr, Puttkamerstr. 13 (Schulze's Restaurant), zu er-
 scheinen.

Alle Berliner Maurer werden gebeten, selbiges den
 Hamburger Maurern zu unterbreiten.
 2155 **F. Zimmer. A. Sachse.**

Hamburger Zimmerer,

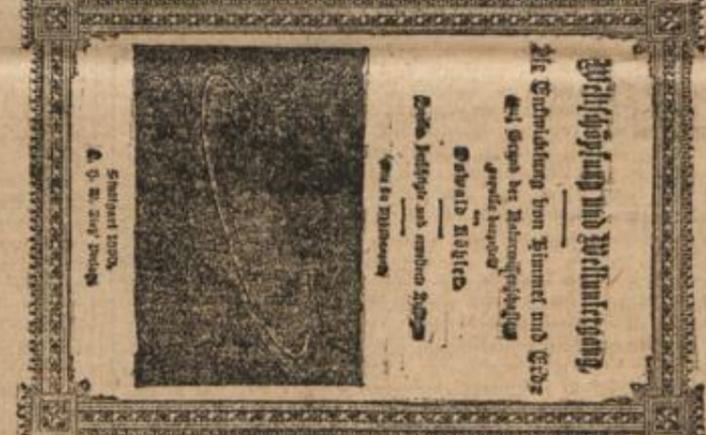
welche hier in Berlin arbeiten, werden dringend ersucht,
 Sonntag, den 29. Juni, Vormittags 10 Uhr, Bergstr. 60
 (Silgenfeld's Restaurant), zu erscheinen. Alle Berliner
 Zimmerer werden gebeten, selbiges den Hamburger Zim-
 merern zu unterbreiten. 2161 **H. Ortland.**

H. Guttmann,

empfehle Vereinsstempel, Quittungstempel
 Medaillonstempel mit Vassalle, Nebel, Lieb-
 knecht u. a. m. zu ermäß. Preis. Monogramme-
 Schablonen, Thürschilder, Gravirung von Inschriften. Entwürfe gratis sofort.

Wieder vorräthig:
PROTOKOLL
 des
Internationalen Arbeiterkongresses
 zu
Paris,
 abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889.
 Deutsche Uebersetzung.
 Mit einem Vorwort
 von
Wilhelm Liebknecht.
 140 Seiten. Preis broschirt 50 Pfennige.
 Zu beziehen durch unsere Expedition, Beuthstraße 3.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Complet in 15 Lieferungen à 20 Pl.

Wiederverkäufern Rabatt.

 Die Uebersetzung von Kimmert und Götze
 mit einem Vorwort von
 Wilhelm Liebknecht
 140 Seiten, Preis broschirt 50 Pfennige.
 Zu beziehen durch unsere Expedition, Beuthstraße 3.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Heft 1 und 2 der zweiten Auflage ist soeben erschienen
 und durch unsere Expedition, Beuthstr. 3, zu beziehen.

Das Gruppenbild

der
Sozialdemokratischen Fraktion
 von 1890
 Größe 60,5 + 52,2 Ctmtr.
 befindet sich im Druck und gelangt
 baldigst zur Ausgabe. Dies den vielen
 Fragestellern zur Aufklärung. Mit
 andern Ausgaben, die von verschiedenen
 Seiten in den Handel kommen, hat der
 Unterzeichnete nichts gemein.
 Hochachtungsvoll
J. H. W. Dietz in Stuttgart.

Billige Wohnungen

mit Kofet u. Wasserl., 50-72 Thlr.,
 sofort oder 1. Oktober, Rixdorf,
Prinz Handjerystr. 50. 2102
 Freundl. Schlafstelle mit sep. Eing.
 Leipziger Platz 14, Dr. 8 Tr. b. Hammel.
 Schlafst. f. M. Briegerstr. 96, v. 2 Tr. r.
 Junger Genosse sucht einen Theilhaber
 zum möbl. Zimmer (9 M.) Dranien-
 straße 187, v. 3 Tr. b. Reibe. 2072

Arbeitsmarkt.

Stuckateure!
 Tüchtige Bau-Stuckateure zum
 Ziehen und Aufsetzen sofort gesucht.
P. Henseler, Dresden,
 Gäterbahnhofsstr. 10. 2156
 Tüchtige Arbeiterinnen a. d. Hause
 auf Anwesenlichen verlangt **Martin,**
 Wienerstr. 17, part. 2138
Gesangvereine
 übern. Ad. Hopps, Charlottenstr. 84, III.
 2167

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 146.

Freitag, den 27. Juni 1890.

7. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung vom 26. Juni, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Caprivi, v. Malchahn, v. Boetticher, von Verdy, von Stephan und Kommissar.

Die zweite Beratung des § 1 der Militärvorlage wird fortgesetzt.

Abg. Payer (Volkspartei): Die Lage des Reichs zwingt uns zur Sparsamkeit und deshalb werden wir, wie gegen die ostafrikanischen Missionen, so auch gegen diese Vorlage stimmen, wenn uns nicht Erleichterungen gewährt werden. Die thatsächlich angebotenen Erleichterungen sind nicht genügend, sie stellen vielmehr nur ein Danaergeschehen dar, hinter dem sich weitere Erschwerungen verbergen. So billig geben wir unsere Zustimmung nicht her, dadurch würden wir uns den ganzen Markt erwerben. Auch die Frage der Nothwendigkeit der Vorlage muß ich trotz aller Darlegungen in der Kommission und im Plenum verneinen. Bei dem Streit darüber, ob in der Kommission die Nothwendigkeit an sich allseitig anerkannt ist, hat gestern herausgestellt, daß die vermutete Einheitlichkeit darüber in der Kommission nicht vorhanden gewesen ist. Die Regierung verlangt von uns den Beweis, daß die Vorlage nicht notwendig sei, bisher ist aber die Beweislast noch immer der Regierung zugefallen. Der Beweis, den der Kriegeminister an unserer Stelle gegen die Vorlage erbringen wollte, war allerdings nicht genügend. Die Regierung scheint anzunehmen, wenn sie uns nur von dem Fortschreiten der Missionen in anderen Ländern in dem Maße, wie sie berichtet, überzeugen hat, so sei damit auch die Nothwendigkeit der Vorlage für uns bewiesen. Wenn auch die in der Kommission gegebenen Zahlen und die Missionen anderer Länder unantastbar sind, so beweist das noch nicht, daß es sich für uns empfiehlt, die Vorlage anzunehmen. Die Regierung behauptet, daß sie auch Rücksicht auf die Finanzlage und die allgemeine Wohlfahrt des Reiches nehme und deshalb nicht mehr gefordert habe. Wir meinen auch, daß die Missionen anderer Länder allein nicht maßgebend sind, sondern auch die finanzielle Lage berücksichtigt werden muß. So viel Nähe die Militärverwaltung sich auch zu Gunsten der Vorlage gegeben hat, so hat der Kriegeminister und der Generaladjutant sich, wenn die Vorlage angenommen wird, diesen Sieg nicht allein zuschreiben. Die Annahme der Vorlage wird viel weniger durch die Vorlegungen der Militärverwaltung, als durch politische Erwägungen herbeigeführt, welche mit der Vorlage selbst nichts zu thun haben. (Sehr richtig! links.) Der Schatzsekretär tröstet uns mit dem allgemeinen Moment: So arm ist das Deutsche Reich doch nicht, das es die 18 Millionen jährlich und die 40 Millionen einmalige Ausgaben nicht bewilligen könnte. Auf die einzelnen Millionen kommt es allerdings nicht an, wohl aber auf die Addition der Millionen, und die addierten Millionen werden schließlich über unsere Kräfte hinausgehen. Man verweist uns auf die Finanzkraft der Einzelstaaten und auf die Einnahmen aus den Getreidezöllen. Wenn aber die Getreidezölle infolge der Ernteverhältnisse einmal geringere Einnahmen liefern, müssen die Steuern schärfer beantragen und neue Steuern geschaffen werden. Ich glaube bisher immer, daß die Konventionen vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus für die Getreidezölle als Schutzölle eintreten, weil die Landwirtschaft diesen Schutz nicht entbehren könnte. Wenn sie aber jetzt diese Zölle auch dann, wenn dieser Schutz nicht mehr nötig wäre, aufrecht erhalten wollen, so stellen sie sich auf einen schlimmen Standpunkt. Wehe dem Staate, der in seiner finanziellen Lage schon so weit gekommen ist, daß er Steuern beibehalten zu müssen glaubt, welche nur dann erhebliche Erträge abwerfen, wenn es dem Lande schlecht geht, und wenn bereits durch natürliche Verhältnisse eine Vertheuerung des Brotes herbeigeführt ist. (Sehr richtig! links.) Wer die Vorlage bewilligt, bewilligt auch neue Steuern bewilligen, und nicht bloß im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten. Die Ueberweisungen an die Einzelstaaten haben zwar jetzt eine unerhörte Höhe erreicht, und es herrscht in den Einzelstaaten augenblicklich ein scheinbarer Wohlstand, wenn aber die Einzelstaaten nicht äußerst vorsichtig Ueberweisungen machen, können sie später in eine schlimme Lage kommen, denn wer weiß, wie hoch die Ueberweisungen zu sich künftig stellen? Dann sind die Einzelstaaten zu neuen Steuern gezwungen. Die Finanzminister der Einzelstaaten, welche dann für die Mehraufwendungen aufzukommen haben, kann man nur als das traurige Opfer dieser Politik bezeichnen. Es ist behauptet, daß die Zukunftspläne des Kriegeministers, die der Reichskanzler nur persönlich kennt, nur deshalb eine Genehmigung hervorzurufen konnten, weil unmittelbar nach den Konventionen Verhandlungen die Ferien eintreten und die Presse sich inzwischen in maßloser Weise dieser neuen Zukunftspläne bemächtigt hat. Aber diese Pläne erweisen selbst nach den geistigen Ausführungen des Kriegeministers Barmherzigkeit und es ist ein schlimmer Trost, wenn man sagt, daß die Vorlage nicht den Zukunftsplänen nichts zu thun habe. Wir können doch nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern müssen der Regierung die Ehre anthun, daß wir, wenn sie uns für die Zukunft etwas vorübergehen zu lassen, etwas für das Heer herauszuschlagen. Das zeigt, daß der Militärstaat bei uns mehr und mehr bei jedem Anlaß zum Durchbruch kommt, und sollte noch ein Beweis dafür, so haben ihn die Ueberweisungen des Herrn Generaladjutanten Waltenstein erbracht. Herr Bebel hat den Kasernenleben überhaupt wenn er annahm, daß der Lehrling des gemeinen Soldaten als das Leben einschließlich der Behandlung der gemeinen Soldaten als das Leben in einer Ferienkolonie geschildert hätte, der General hat die Reue nicht nur darin gefunden, daß in beiden eine überreichliche Fleischverpflegung stattfindet, welche auf den günstigsten Zustand der Gesundheit einfließt, sondern auch die Erhaltung und Fortführung der Aufschauer gekommen ist, daß die Erhaltung und Fortführung unserer Masse wesentlich von dem nicht bloß zweijährigen dreijährigen Aufenthalt in der Kasernen abhängt. (Weiter links.) Es mag ja nun wirklich Landestheile geben, in denen die Ernährungszustand ein so armseliger ist, daß die Ernährung in den Kasernen für Einzelne als eine ausnahmsweise glückliche, als eine für ihr ganzes Leben, nicht bloß in der Erinnerung, nachwirkende Wohlthat erscheint. Gibt es solche Landestheile, dann frage ich die Rechte und das Centrum, ob wir verantworten

könnten, der dortigen Bevölkerung, deren Ernährung so über alle Maßen armselig ist, die notwendigen Lebensmittel zu verbessern, schon jetzt das Dogma aufzustellen, daß an Verbilligung des Brotes durch Herabsetzung der Getreidezölle nicht zu denken ist. Aber welches Recht hatte der Herr General, zu generalisiren? In Süddeutschland und wohl im größten Theil des Deutschen Reiches ist es sicher nicht so schlimm mit dem Wohlstand der Bevölkerung bestellt. So arm sind da äußerst wenige, daß sie ihrer Armuth nicht auch noch das abringen könnten, was notwendig ist, um den Söhnen in die Kasernen Fleischgenusses sich einigermaßen erholen können. (Große Heiterkeit.) Was die verlangte Drudlung der beiden Kommissionen des Herrn Generaladjutants angeht, so scheint da doch eine Verwechslung vorgegangen zu sein. Die erste Rede, von der man fast gar nicht mehr spricht, ist gedruckt worden, die zweite, die einen furchtbaren Erfolg gehabt hat, von der man noch in späteren Jahren reden wird, kommt bloß im Wege der mündlichen Ueberlieferung zur Verbreitung, und da wollte ich für diese letztere auch meinen bescheidenen Theil dazu beitragen. (Heiterkeit.) Wir haben uns der Vorlage gegenüber durchaus nicht rein negativ verhalten; wir waren bereit, auf sie einzugehen, aber gegen eine Gegenleistung, die wir nur in sehr bescheidenem Maße verlangt haben. Die Frage der einjährigen Bewilligung ist schon ausreichend erledigt worden. Wenn in der That das Septennat die Bedeutung hat, daß auf 7 Jahre im Wege der Vereinbarung die Friedenspräsenzstärke festgesetzt worden ist, dann ist eine Vorlage, welche eine Erhöhung dieser Präsenz bezweckt, an und für sich die Negation dieses Septennats. Was würde die Verwaltung sagen, wenn wir innerhalb des Septennats mit einem Vorschlage auf Herabminderung der Friedenspräsenzstärke kämen? Man würde uns, wenn auch nicht gerade direkt, des Verfassungsverstoßes beschuldigen. Mit der Forderung der einjährigen Bewilligung verlangen wir nur, daß auch von der anderen Seite anerkannt wird, daß der bestehende Rechtszustand thatsächlich bereits durchbrochen ist. Nun heißt es, man wolle die parlamentarische Kraftprobe ankommen lassen. Seit 14 Jahren befinden wir uns ausschließlich in der Defensive. Von Jahr zu Jahr sind wir weiter vom konstitutionellen Standpunkt zurückgedrängt worden. Das Wort von der parlamentarischen Kraftprobe ist entweder eine Reminiscenz aus früherer Zeit oder ein bitterer Scherz mit den Thatsachen. Sehen Sie die Parlamente aus, mit denen man Kraftproben gegen die Regierung unternommen kann? (Große Heiterkeit.) Die zweite Gegenleistung, die Forderung der zweijährigen Dienstzeit, hat wenigstens einen politischen Beigewinn nicht mehr, und volkswirtschaftlich steht hier Anschaffung gegen die Einziehung von 240 militärischen Gutachten, welches sich für die zweijährige Dienstzeit ausspricht, auch das einzig sachverständige gewesen ist. Gewiß sind auch die übrigen Verfasser Sachverständige im Sinne von ihrem Standpunkte aus gewesen. Auf unserer Seite aber stehen alle die Hunderttausende, welche das dritte Jahr gedient haben und welche das dritte Jahr als für die Ausbildung überflüssig erklären. Das Institut der Einjährigen-Freiwilligen beweist, daß man auch in kurzer Dienstzeit zu hoher Ausbildung gelangen kann. Ein kaiserlicher Erlass vom 29. März bringt zum Ausdruck, daß die gesteigerte Bildung unseres Volkes ermöglicht, diejenigen Kräfte weiter zu ziehen, aus welchen der Ersatz für das Offizierkorps zu wählen sei. Sollte diese gesteigerte Bildung an der angegebenen Stelle Halt machen? Sollte sie auch nicht den übrigen Massen die Möglichkeit geben, eine raschere Ausbildung zu erreichen, als es ungebildeten Rekruten gegenüber möglich ist? Selbst nach Herrn v. Bennigsen ist die Herabsetzung der Präsenzzeit eine der populärsten Maßregeln im ganzen Deutschen Reich; Herr Windthorst hat betont, daß mit elementarer Gewalt das Verlangen des Volkes dahin dränge. Die Zehntausende von Petitionen, welche z. B. allein aus Württemberg ohne jede Agitation bei uns eingelaufen sind, müssen uns davon überzeugen, daß diese Herabsetzung vom ganzen Volke gewünscht wird. Die Herr Reichskanzler hat sich nur „zur Zeit“ gegen die gesetzliche Einziehung erklärt; ich entnehme daraus, daß selbst die oberste Verwaltung den Gedanken nicht von sich weisen kann. Der Zeitpunkt, wo diese Forderung des Volkes ins Leben tritt, wird meiner Meinung nach nicht mehr so fern sein. Ich beschränke mir und will das jetzt schon ansprechen, theuer wird es sein, wenn sie einmal durchgeführt werden soll. (Sehr richtig und Heiterkeit rechts.) Wenn ich die 6000 Mann, die jetzt mehr beurlaubt werden sollen, mit den Kosten der Vorlage vergleiche, dann kann ich mir ungefähr vorstellen, was die Herren verlangen werden, wenn die Maßregel allgemein durchgeführt werden soll. Aber das Verlangen ist trotzdem berechtigt, und über den Kostenpunkt werden wir uns dann mit den Herren auseinandersetzen haben. Was die Windthorst'schen Resolutionen betrifft, so bilden sie für die Annahme der Vorlage ein genügendes Äquivalent nicht; im Gegentheil, wenn wir durch Verwerfung der Resolutionen auch die Vorlage zu Fall bringen könnten, würde ich mich keinen Augenblick bestimmen. Das ist aber nicht möglich. Ich war von Anfang an geneigt, für diese Resolutionen dennoch zu stimmen, bin aber durch die geistigen Ausführungen des Herrn v. Suene schwankend geworden. Wenn man andere Leute bewegen will, einer Resolution zuzustimmen, welche die zweijährige Dienstzeit verlangt, dann ist es über angebracht, die Vorzüge der dreijährigen zu betonen. Wenn man verlangt, daß einer solchen Resolution seitens der Verwaltung Beachtung geschenkt werden soll, darf man nicht so sehr durchblicken lassen, daß man eigentlich etwas ganz Anderes haben möchte, daß man diese Resolution nur mit halbem Herzen annimmt. In meiner schwankenden Haltung aber hat mich dann wieder Herr Bebel gestärkt; es scheint mir jetzt doch besser, die Resolutionen nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Etwas großartig meinte Herr Bebel, es verhalte sich von selbst, daß diese Resolutionen nicht angenommen werden könnten; Herr Liebknecht hat in der Kommission dafür gesprochen und gestimmt. Ich meine, es wäre in unser Interesse gelegen, wenn auch die Sozialdemokraten den Resolutionen zustimmen. Wenn ich der Resolution I zustimme, so will ich damit gesagt haben, daß ich auf dem Boden unserer gegenwärtigen Militärorganisation eine weitere Erhöhung jetzt und in Zukunft nicht haben will; ich will mich damit nicht darüber ausgesprochen haben, wie ich mich verhalten werde, wenn die Präsenzzeit herabgesetzt wird und dadurch eine stärkere Einziehung von Rekruten notwendig wird. Die Resolutionen sind fast zu bescheiden gehalten, im Styl der Aufzählung im Interesse der Tagesblätter, welche mit der dankbar angenommen. (Weiterkeit.) Es handelt sich nicht bloß um uns, sondern auch um die, die hinter uns stehen. Herr von Suene hat uns vorgeworfen, daß wir nur Muth auf anderer Leute Kosten haben. Ich meine, er und seine Freunde werden ein erhebliches Maß von Muth notwendig haben bei ihrer Abstimmung. Wir lehnen die Vorlage gerade deshalb ab, weil wir sie nicht auf Kosten der Wähler durchgedrückt wissen wollen. Die Resolutionen haben einen gewissen Eindruck auf die verbündeten Regierungen nicht verfehlt. Man hat die Thatsache nicht unbeachtet gelassen, daß ein Theil der

nationalliberalen Presse die Annahme der Vorlage an Kompensationen geknüpft hat. Man hat wieder allerlei von Auflösung und Verfassungsänderung gesprochen. Die verbündeten Regierungen werden sich nicht verhehlen, daß das Mittel der Auflösung wenn häufig gebraucht, an moralischer und materieller Bedeutung verliert. Schwindet das Vertrauen in unsere konstitutionellen Zustände, so haben die verbündeten Regierungen mindestens ebenso viel zu verlieren, wie die Bevölkerung selbst. Die verbündeten Regierungen verdanken ihre Existenz und ihre Bedeutung der Reichsverfassung. Mitteln sie selbst an diesem Schutz und Hort ihres Bestandes, so haben sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie widerstandsunfähig werden nach oben wie nach unten. (Zustimmung links.) Aber wenn wir jetzt aus Angst die Vorlage annehmen, was dann? Unsere Kraft wurzelt ausschließlich in dem Vertrauen der Bevölkerung, die uns hierher geschickt hat; und wenn wir dieses Vertrauen nicht rechtfertigen, so sind wir noch widerstandsunfähig, als es jetzt die Nationalliberalen sind. Diese sind von Jahr zu Jahr widerstandsunfähig geworden, und sie werden sich von dem Schlage, der sie getroffen, ihr Lebenlang nicht mehr erholen. Der Abg. Windthorst hat die Partei der „Frankfurter Zeitung“ auch zu Denjenigen gerechnet, welche auf den Nachschub des Zentrums bereits im Auge geworfen haben. Wir können nichts mehr wünschen, als daß das Centrum durch eine energische, geschickte und geschlossene Opposition sich das Vertrauen seiner Wähler und damit seine Widerstandsfähigkeit erhalte und gerade ich als ein alter Kriegslamerad und langjähriger Nachbar des Zentrums habe den berechtigten Wunsch, daß der erste Schritt, den das Centrum heute machen wird, es nicht binden möge für die Zukunft, daß seine Widerstandsfähigkeit trotz dieses Schrittes erhalten bleibe. Man hat uns davon gesprochen, daß sich über unsere Differenzen hier das Ausland freut. Ja mit Hufsch und Hallo wird diese Militärvorlage nicht angenommen, wie es 1887 der Fall war. Die Franzosen haben sich bei ihrer letzten Militärvorlage auch Zeit genommen. Eine sachliche Prüfung auch vom Standpunkte der Volksinteressen wird auf das Ausland einen besseren Eindruck machen, als wenn wir ohne weiteres Ueberlegen die Vorlage annehmen. Wir dürfen nicht bloß auf die einseitigen Anschauungen der Militärtechniker hören, sondern müssen auch auf den Wohlstand des Volkes blicken. Ich meine, daß man dem Volke und uns nicht verbergen kann, wenn wir nach gründlicher Ueberlegung zu der Ueberzeugung kommen, daß es jetzt endlich einmal Zeit ist, Einhalt zu thun, einem System, dessen konsequente Durchführung dazu führen müßte, daß je widerstandsfähiger wir durch eine Vermehrung unserer Mannschaften nach außen hin zu sein scheinen, desto widerstandsunfähiger wir im Innern dadurch werden, daß gerade dieses System an den eigentlichen Wurzeln der Kraft unserer Widerstandsfähigkeit rüttelt. (Weißfall links.)

Abg. v. Bennigsen (n.l.): Der Vordrucker hat den Nationalliberalen vorgeworfen, daß sie durch ihr Verhalten so weit in der Zahl geschwächt worden seien, daß sie sich schwerlich wieder erholen würden. Das hat ein Mitglied einer Partei gethan, welche früher durch ein Mitglied oder gar nicht hier vertreten war. (Heiterkeit, sehr gut!) Die Volkspartei hat am Wenigsten Ursache, uns einen solchen Vorwurf zu machen. Weiter hat der Vordrucker anerkannt, daß die Konventionen des Reichskanzlers in Bezug auf die Entlassung der Königsurlauber zwar keineswegs ohne Werth, aber nicht ausreichend seien, um die Vorlage anzunehmen. So billig gäbe er seine Zustimmung nicht her, dadurch würde man sich den ganzen Markt verderben. Das sind gewiß treffliche praktische Grundsätze des Korn- oder Viehhandels (Heiterkeit, oh! links), aber ich hoffe doch, daß der deutsche Reichstag bei der Beurtheilung der Fragen, welche mit der Formation unserer Armee und der Einziehung und Ausbildung der Rekruten zusammenhängen, diese von anderen Gebieten hergenommene Methode sich nicht aneignen wird. Bis zum Schluß der ersten Lesung habe ich den Eindruck gehabt, daß die Vorlage, abgesehen vielleicht von Stimmen der Sozialdemokraten und einzelner sehr weit links stehender Abgeordneten, von der sehr großen Mehrheit des Hauses ohne erhebliche Schwierigkeiten würde angenommen werden. Auch der Abg. Widder hat bei der ersten Lesung, wo er mehr oder weniger schwerwiegende Bedenken gegen die Vorlage entwickelte, sich sehr wohl gehütet, grundsätzlich die Vorlage abzulehnen; er hat vielmehr sein und seiner Freunde Votum sich für die weiteren Stadien der Verhandlungen vorbehalten. Diese anscheinend günstige Lage hat sich später wesentlich verschoben, und ich kann nicht unterlassen hervorzuheben, daß diese Verschlechterung in der Hauptsache erfolgt ist, nachdem in der Kommission so weitgehende, unbestimmte Pläne über die künftige Einrichtung unserer Militärwesen und die Heranziehung aller Wehrpflichtigen in Aussicht genommen wurden. Die Pläne haben in Deutschland eine zweifellos bedeutende Unruhe und Besorgnis hervorgerufen, zumal man, wie der Kriegsdirektor sehr richtig hervorhob, mit unbestimmten Faktoren gerechnet hat. Hätte es sich um einen bestimmten unfaßlichen Plan gehandelt, in welchem die Heranziehung aller oder der meisten wehrfähigen Mannschaften zur regelmäßigen Ausbildung enthalten war, so würde das an und für sich auf einen so grundsätzlichen Widerspruch noch gar nicht gestossen sein. Aber gerade der Mangel an Andeutungen fester Grundsätze, und vor Allen, was die Unführbarkeit des Gedankens allein ermöglicht, an Ausgleichen, die vor allen Dingen in einer wesentlichen Abkürzung der Dienstzeit, nach meiner Meinung in der Aufhebung der dreijährigen Dienstzeit gelegen sein muß, hat die Unruhe noch wesentlich gestärkt. Ich muß nun sagen, daß in unerhörter Weise diese vagen, unbestimmten Nachrichten im Parteinteresse ausgebeutet worden sind (sehr richtig! bei den Nationalliberalen und rechts; Lachen links) von Personen, die doch den Zusammenhang der Dinge nicht kannten. Wenn davon gesprochen ist, daß die Friedenspräsenz künftig mehr als eine Million betragen würde und daß nach diesem angekündigten Plane eine zwei-, drei- und mehrfache Erhöhung sämtlicher direkten und indirekten Steuern im Reich und den Einzelstaaten nötig sein würden, so konnte das doch von Politikern nicht ernst genommen werden; für die Massen lag allerdings ein sehr gefährliches und erregendes Moment in solchen Zahlen. Man müßte sich doch fragen, daß die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht eine ganz außerordentliche Abkürzung der Dienstzeit voraussetzt. Es war natürlich nicht möglich, das mit auszunehmen in die Publizistik; denn sonst wäre der Nutzeffekt ein ganz anderer gewesen. Die Vertreter anderer Parteien, auch der Freisinnigen, haben nach und nach eine ungünstigere Stellung zu dieser Vorlage eingenommen. Zunächst wurde in der Kommission verlangt, daß schon in diesem Gesetz die einjährige Bewilligung anläßt, daß Septennats angenommen werde, und die zweijährige Dienstzeit für das nächstfolgende Jahr. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß seitens der Vertreter der freisinnigen Partei im Reichstage und auch in der Presse man in dem Augenblick weiter von der Vorlage abrückte, als das Centrum der Vorlage näher rückte; ob das irgend einen psychologischen Zusammenhang hat, will ich in diesem Augenblick nicht näher untersuchen. (Heiterkeit.) Nun hat der Abg. Richter den Abg. Windthorst sehr angegriffen und gewissermaßen verspottet wegen seiner Haltung; und doch hat die freisinnige Partei ursprünglich der Vorlage

durchaus nicht prinzipiell ablehnend gegenüberstanden. Sie hat später zwei Bedingungen an die Annahme der Vorlage geknüpft, obgleich der Reichstanzler erklärt hat, daß dieselben von den verbündeten Regierungen abgelehnt würden. Diese Bedingungen waren gleichbedeutend mit der Ablehnung der Vorlage. Von dem Abg. Richter möchte ich nicht bestimmt behaupten, daß er die Vorlage auch dann ablehnen würde, wenn seine Vorschläge abgelehnt würden. Was aber den Abg. Richter anbetrifft, so muß ich sagen, daß die letzten Sätze seiner Rede nicht anders zu verstehen sind, als daß er seinerseits die Vorlage auch dann ablehnt, wenn beide Anträge Bamberger angenommen werden. Er hat gesagt: für das Militär ist genug gesehen, von der Nothwendigkeit dieser Vorlage habe ich mich nicht überzeugen können; bis hierher und nicht weiter; würde diese Vorlage angenommen, so würde für unsere inneren politischen Zustände mehr Anheil erwachsen als unsere Heerkräfte gewinnen. Das ist nicht anders zu verstehen, als daß von ihm die Vorlage auch abgelehnt wird, wenn beide Anträge angenommen werden. (Widerpruch des Abg. Richter.) Es ist mir sehr angenehm, wenn Sie das jetzt nicht so verstanden wissen wollen. Das wäre der Standpunkt, welchen die Sozialdemokraten zu dieser Vorlage einnehmen. Wie dem auch sei, das Zentrum erscheint den Freisinnigen gegenüber doch in einem außerordentlich vortheilhafteren Licht. (Wachen links, Zustimmung rechts.) Ich weiß ja wohl, daß meine Freunde und auch die Parteien rechts auf vielen sehr wichtigen Gebieten große Meinungsverschiedenheiten mit dem Zentrum haben, Meinungsverschiedenheiten, welche zum Theil prinzipiell, vielleicht auch sachlich und praktisch recht schwer zu lösen sind. Das hat aber doch offenbar nicht gehindert, daß wir in den früheren Reichstagen und auch in diesem Reichstage große Meinungsgegenstände ausgeglichen haben, und daß nicht erfüllte Forderungen des Zentrums auf wichtigen anderen Gebieten es nicht gehindert haben, über große bedeutende Fragen mit anderen Parteien sich zu verständigen und mit diesen und den verordneten Regierungen zu einem Abschluß zu kommen. (Zuruf des Abg. Meyer-Berlin: Es ist fastellfähig!) Wenn von Seiten der Deutsch-Freisinnigen, wie dieser Zuruf es wieder beweist, das beklagt wird oder versucht wird, wie es in der Presse vielfach geschieht, das Zentrum zu verspotten, so kann das uns hier im Hause wirklich wenig rühren. Wenn jetzt die Zentrumsfraktion eine so bedeutungsvolle und einflussreiche Stellung im Reichstage einnimmt, von welcher es ja einen angemessenen, wirksamen Gebrauch macht und auch gewiß immer machen wird, aber einen Gebrauch in der Art und innerhalb der Grenzen, welche eine Vertheidigung mit den verbündeten Regierungen und den übrigen Parteien nicht ausschließt, so ist das eine Thatsache, welche allerdings sehr viel verdienstliche Verdienste auf Seiten der deutsch-freisinnigen Partei einschließt. (Weiterleft) Denn die Zentrumsfraktion hat diese so einflussreiche Stellung wie im Reichstage nicht zum geringsten Theile der energischen Unterstützung der freisinnigen Partei zu danken. Der Abg. Richter will zunächst wissen, wodurch die Mehr-Ausgaben gedeckt werden sollen. Ich bestritte, daß die jetzige Finanzlage neue Reichsteuern schon jetzt erfordert. Die 60 Millionen, welche nach den Darlegungen des Schatzsekretärs vom nächsten oder zweitnächsten Jahre ab mehr erforderlich sind in Folge dieser Vorlage, der Kolonialpolitik, der Alters- und Invaliden-Versicherung, der Aufbesserung der Beamtenbesoldungen — wenn die letztere Vorlage in der Kommissionsfassung angenommen wird, verringert sich jene Summe sogar noch um sieben Millionen — werden durch die jetzigen Reichsteuern noch gedeckt, und zwar durch den künftigen Fortfall des Ausfalls an Zuckersteuer im Betrage von 20 Millionen und durch 40 Millionen Mehr-Ueberweisungen vom Reich an die Einzelstaaten. Die Veränderungen in den nächsten Jahren werden uns später beschäftigen. Mit diesen 60 Millionen ist in der Presse ein recht großer Unfug getrieben worden (Wachen links), sie wurden unmittelbar umgelegt in 60 Millionen neuer Steuern und diese wieder in neue Reichsteuern auf die notwendigsten Lebensmittel. Das dient nicht zur Aufklärung und Belehrung des Publikums, zu welchem Zweck doch die Zeitungen da sind. (Sehr gut! rechts.) Es bringt nur Verwirrung und falsche Vorstellungen hervor. Herr Richter meint ferner, die Belastung in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung sei schon so groß, daß man sie nicht weiter steigern könne, und er hat zum Vergleich die Belastung in England und Frankreich herangezogen, aber selbst anerkannt, daß ein solcher Vergleich außerordentlich schwierig sei, weil es sich bei uns nicht nur um die Belastung im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten handle und in England und Frankreich auch noch Kommunalabgaben hinzukämen. Aus folgendem geht aber mit Nothwendigkeit hervor, daß die Belastung in Frankreich und England wesentlich höher sein muß als bei uns. Die Ausgaben für Heer und Marine sind in England und Frankreich viel höher als bei uns, dazu haben beide Länder keinen Staats-Eisenbahnbezug, die Domänen in England sind ganz unbedeutend gegenüber den deutschen, diejenigen in Frankreich sind viel geringer an Werth und Einkünften als die unserigen. Dazu kommt schließlich die Erschöpfung der Finanzen in Frankreich durch den unglücklichen Krieg und die Kriegsschädigung an uns, sowie durch die Phylloxera. Die Anleihen in unseren Einzelstaaten, und hauptsächlich in hohen Maße auch die Reichsschuld, werden durch unsere Domänen und Staats-Eisenbahnen gedeckt. Die Schuld in England beträgt zehn Mal und in Frankreich zweiundzwanzig Mal so viel wie bei uns. Danach muß also die Belastung für den Kopf in Frankreich und England viel höher sein, als in Deutschland. Darum ist aber Deutschland doch nicht so reich, daß die Regierung mit ungenügenden Forderungen an uns herantreten dürfte; die größte Sparsamkeit liegt im Interesse der Militärverwaltung selbst, denn diese muß nicht nur auf die Durchführung dieser Vorlage, sondern auch auf den guten Willen der Volksoberleitung in allen künftigen Jahren beim gewöhnlichen Budget Werth legen. Um uns auf der Höhe zu halten, wird es noch erheblicher, zwar nicht absolut notwendig, aber für die weitere Durchbildung unserer militärischen Verhältnisse nützlich und werthvoller Ausgaben bedürfen. In dieser Beziehung sind die Erklärungen des Reichstanzlers und die Resolution 3 sehr erwünscht. Diese Vorlage ist notwendig durch die Rüstungen Russlands und Frankreichs seit 1867. In Russland ist seitdem die Friedenspräsenzstärke um 48 000 Mann, die jährliche Aushebung um 20 000 Mann erhöht; in Frankreich ist infolge des Militärgesetzes vom März 1869, welches viel weiter geht, als wir 1867 besten Wirkungen voraussehen, gleichfalls eine bedeutende Erhöhung der Wehrkraft eingetreten. Selbst nach Annahme dieser Vorlage wird die Friedenspräsenz bei uns immerhin noch 7000 Mann weniger betragen einschließlich der Einjährig-Freiswilligen, als in Frankreich, und dieses weniger wird sich, nachdem die volle Wirkung des französischen Wehrgesetzes eingetreten ist, noch auf das Doppelte und darüber hinaus erhöhen. Die Aushebung der Wehrfähigen beträgt in Frankreich nach diesem Gesetz 220 000 Mann, bei Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit, welche nur für etwa ein Drittel, für 64 000 Mann, auf ein Jahr beschränkt ist. Bei einer Mobilmachung würde Frankreich um 400 000, mindestens aber um 300 000 Mann stärker sein als wir, und nach 24 Jahren, wenn das französische Wehrgesetz ganz durchgeführt ist, sogar um 775 000. Das wir uns so stark machen sollten, daß wir Frankreich und Russland zusammen gewachsen seien, das zu verlangen, ist Niemand so tödlich gewesen. Aber unsere Regierung, unser Volk und auch unsere Bundesgenossen können verlangen, daß Deutschland mit einer Bevölkerung von 60 Millionen, also 10 Millionen mehr als in Frankreich, jedem unserer Nachbarn im Osten und Westen einzeln militärisch vollständig ebenbürtig ist. Besonders bezüglich der Artillerie hat sich unser Verhältnis zu Frankreich seit 1867 zu unseren Ungunsten verschoben und daher ist diese Forderung das Nothwendigste, um das Mißverhältnis auszugleichen. Was sonst noch an dem Verhältnis fehlt, müssen wir durch größere Tüchtigkeit unserer Artillerie ausfüllen. Seit 1867 beträgt die Vermehrung der Batterien in Deutschland zusammen 34, und wenn

wir die 70 Batterien dieser Vorlage bewilligen, bleiben wir hinter Frankreich noch immer um 46 Batterien und 127 Batterien Spannung zurück, was wir durch größere Intensität unserer militärischen Einrichtungen ausgleichen müssen. Der Abg. Bebel meint, die Italiener würden doch einen erheblichen Theil der französischen Armee in Schach halten, und die russische Armee sei gegen Oesterreich engagirt. Allerdings wird die italienische Armee die französische zum Theil lohm legen, aber mindestens muß ein ebenso großer Theil unserer Truppen im Osten gegen Russland aufgestellt bleiben. Ich gebe dem Abg. Bebel anheim, eine kleine Exkursion über die russische Grenze zu machen. (Zuruf des Abg. Singer: Sie lassen ihn nicht wieder heraus!) Dann schlage ich ihm vor, inognito zu reisen, damit er davor bewahrt bleibt, daß seine Reise eine Fortsetzung nach Sibirien erfährt — dort wird er im Westen Russlands eine ungeheure Erhöhung russischer Truppen finden, und zwar befinden sich diese Truppen nahezu auf mobilem Fuße. Zudem hat das russische Eisenbahnsystem vom Innern nach dem Westen eine Ausdehnung gewonnen, — leider zum großen Theil unter Zuhilfenahme deutschen Geldes (Unruhe links), von welcher man sich früher keine Vorstellung machte. Also wird ein Koalitionskrieg mit Russland und Frankreich immerhin ein sehr erster Kampf sein, und wir müssen die äußersten Anstrengungen machen und die beste Ausrüstung haben. Womit hat man angesichts solcher Lage den Widerspruch gegen die Vorlage begründet? Man will die Vorlage von Bedingungen zum Theil konstitutioneller, zum Theil militärisch-organisatorischer Natur abhängig machen. Ich kann mir allerdings denken, daß man im Laufe der Zeit zu der einjährigen Bewilligung an Stelle des Septennats kommen wird. Aber wenn man sie in diesem Augenblick als Bedingung stellt, so begreife ich nicht, wie die freisinnige Partei sie verantworten kann. Denn mit dieser fällt das ganze Gesetz. Im Jahre 1867 lag nur der Antrag Stauffenberg auf dreijährige Bewilligung vor; jetzt, wo man innerhalb des Septennats nur noch für 3 Jahre und 6 Monate die Präsenzstärke vermehren will, haben die Freisinnigen mit einem Male die Nothwendigkeit der einjährigen Bewilligung eingesehen. Bei der letzten Bewilligung des Septennats sagte der Abg. Richter: die einjährige Bewilligung sei das Richtige und Normale, aber den konstitutionellen Rücksichten werde hauptsächlich gebient, wenn die Festsetzung nicht über drei Jahre hinausgeht. (Hört! hört!) Jetzt auf ein Mal aber will Herr Richter das Gesetz ohne die einjährige Bewilligung ablehnen, wenn auch die Nachbarländer noch so sehr rufen. (Widerpruch links.) Sie haben doch die einjährige Bewilligung selbst in das Gesetz eingeschrieben und wollen es nur mit dieser annehmen. Die zweijährige Dienstzeit in das Gesetz aufzunehmen, scheint mir absolut unzulässig, aus dem formellen Grunde, weil es etwas Ungewöhnliches ist, eine Verfassungsänderung in ein Spezialgesetz hinein zu bringen, und dann hauptsächlich, weil tiefgreifende organisatorische Einrichtungen der Armee von dem Reichstage nicht in Verbindung gebracht werden können mit der Forderung einer Mehranzhebung von 6000 Rekruten. Diese Verantwortung kann der Reichstag nicht übernehmen und tragen. Wer von uns vermag im Augenblick die mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit notwendig verbundenen organisatorischen Veränderungen zu übersehen und zu erwägen? Und selbst wenn die Regierung den Vorschlag annähme und in den folgenden Sessionen die Vorlagen brächte, um die durchgreifenden Änderungen in der Organisation ins Leben zu rufen, wer giebt die Garantie, daß über diese wichtigen Einzelheiten ein Einverständnis zwischen Regierung und Reichstag herbeigeführt wird? Nach allen Erfahrungen ist es sehr wahrscheinlich, daß eine derartige Verständigung auf die größten Schwierigkeiten stieße. Wenn irgend etwas geeignet wäre, einen Konflikt auf militärischem Gebiete vorzubereiten, so wäre es dies, daß man die zweijährige Dienstzeit in das Gesetz aufnimmt und alles weitere, was dazu notwendig ist, in der Schwebe läßt. Eine derartige tiefgreifende Änderung in der militärischen Organisation kann nur aus der sachverständigen Initiative der Regierung hervorgehen. Ganz besonders bedenklich ist es, die Änderung in dieser Zeit vorzunehmen, wo insolge der neuen Präzisionswaffe, des rauchlosen Pulvers, der damit verbundenen Änderung der Reglements für die Ausbildung u. s. w. viel Zeit und Kraft verbraucht wird. Wer von uns wagt es zu sagen, wie viel Zeit diese Umwandlung erfordern wird? Wer die Verfassungsänderung in das Gesetz aufnimmt, setzt sich leicht über alle diese Bedenken hinweg. Etwas Anderes ist es aber, wenn wir gegenüber dem Anwachsen der Lasten im Reich und der Abklärung der Dienstzeit in Frankreich, auch für Deutschland eine Abklärung anregen. Das ist die Absicht der Resolution Windthorst, und ich halte sie für durchaus dankenswerth und sie behält ihre Bedeutung, auch wenn der Reichstag dem Wunsche nicht unmittelbar die Ausführung folgen lassen kann. In Deutschland ist die Herabsetzung der Dienstzeit unerhört populär. (Widerpruch rechts.) Es sind Menschen genug, die gedient haben und die Verhältnisse kennen. Nicht bloß in den Kreisen der großen Volksmasse, sondern auch weit in die mittleren und höheren Klassen hinein, hält man die zweijährige Dienstzeit für eine wesentliche Erleichterung. Man würde in Deutschland sehr erfreut sein, wenn die Militärverwaltung von ihrem technischen Standpunkt aus nach den reichlichen Erwägungen sich überzeugen könnte, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit möglich ist und schließlich mehr Vortheil als Nachtheil im Geolge haben wird. Wir sind den Vertretern der Militärverwaltung außerordentlich dankbar für die jederzeit uns gegebenen technischen und administrativen Nachweisungen, aber einen derartigen vollwirtschaftlichen Ertrag, wie wir ihn seitens eines Vertreters der Militärverwaltung in der Kommission gehört haben, möchte ich anheimgeben, künftig mit einer gewissen Vorsicht vorzunehmen. (Weiterleft) Das Unheil, das damit angerichtet wird, ist ziemlich groß. Man hat vielleicht Zustände aus diesem oder jenem Landesheil verallgemeinert, aber das man es im Allgemeinen in Deutschland als ein Glück und eine Verbesserung der ganzen menschlichen Konstitution ansehen sollte, wenn man ein Jahr länger in der Kaiserlie bleibt, diese Ueberzeugung wird man in der großen Masse unseres Volkes nicht erwecken. (Rufe rechts: Leider!) Die verbündeten Regierungen erklären diese Vorlage im Interesse der besseren Ausbildung unserer Wehrkraft für notwendig und durch die Fortschritte in den Nachbarstaaten während der letzten Jahre veranlaßt. Wir haben zu aller Zeit anerkannt, daß unsere Militärverwaltung mit der größten Sachkenntnis, dem größten Eifer und voller Hingebung bemüht ist, alle Fortschritte, die auf dem Gebiete des Militärwesens in anderen Ländern gemacht sind, zu verfolgen, um auch bei uns mindestens gleichen Schritt zu halten, wömmöglich den Einrichtungen anderer Länder überlegen zu sein. Wir haben diese Ueberzeugung auch in dem vorliegenden Falle. Mit der Vorlage wird zahlenmäßig noch nicht einmal erreicht, daß wir dem stärksten Nachbar, Frankreich, vollständig gewachsen sind. Aber gerade unsere vorzügliche Militärverwaltung und unsere intensiv gut ausgestattete Militäreinrichtung läßt es uns als genügend erscheinen, daß wir den Zahlen wenigstens so nahe gerückt sind und damit glauben, eine vollkommen gleichmäßige Armee jedem der beiden Nachbarn gegenüber zu besitzen. Das wir eine so vollkommen gleichwertige Armee Frankreich gegenüber haben, ist eine Forderung, welche nicht bloß die verbündeten Regierungen mit Recht an den Reichstag gestellt haben, sondern welche auch die Nation von der Regierung verlangen muß. (Sehr richtig! rechts, bei den National-Liberalen und im Zentrum.) In dieser Hinsicht könnte unserer Nation das Beispiel anderer Länder wohl angelehrt werden, wo es wiederholt vorgekommen ist, daß die Vertretung der Militärverwaltung Größeres bewilligt hat, als diese selbst gefordert hat. Auf unserer Wehrkraft beruht nicht bloß die Sicherheit unserer Existenz, sondern auch die Möglichkeit der Dauer und der Berührung des Bündnisses mit anderen Mächten (sehr richtig!) und ich hoffe, daß der Tag niemals kommen wird in Deutschland, wo wir den Fremden, den Freunden und den

Freunden das Schauspiel geben, daß wir wegen der inneren politischen Zerissenheit nicht mehr im Stande sind, unsere Wehrkraft auf der Höhe zu halten und uns darüber mit dem Reichstag zu einigen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Hünze (Dfr.): Es ist nicht richtig, daß wir in der Kommission unsere Stellung in Rücksicht auf das Zentrum geändert haben. Die Veränderung der Haltung des Zentrums ist mehr unserer Haltung zuzuschreiben, als umgekehrt. Herr v. Bennigsen hat gegen unsere Presse schwere Anklagen erhoben, daß sie die Zukunftspläne, die der Kriegsminister entwickelt hat, in einer ganz unerhörten Weise aufgebauscht hat und eine ganz falsche Auffassung darüber im Volke habe erzeugen wollen, um dasselbe auf das Tiefgehendste zu beunruhigen. Wir haben nur auf Grund der militärischen Organisation, wie sie heute besteht und nach den Erklärungen der Regierung festgehalten werden muß, die endschließlichen Ziele zu entwickeln versucht und sind dabei allerdings auf ungeheuerliche Zahlen gekommen. Wenn wir Unrecht gehabt hätten, so wäre ja nichts auf Seite der Regierung und der national-liberalen Partei leichter gewesen, als darzutun, daß wir uns irren, wenn wir auf Grund der bestehenden Organisation rechneten, während diese aufgegeben werden sollte; nichts deraart von Seiten der verbündeten Regierungen ist geschehen, sondern es ist im Gegentheil gesagt worden, unter allen Umständen halten wir an der bestehenden Organisation fest. Wir sind also nicht Schuld daran, wenn die Zahlen etwas groß sind. Auch in Bezug auf die Finanzpläne meinte Herr v. Bennigsen, seien Dinge in unserer Presse vorgebracht worden, die nur als grober Unfug bezeichnet werden könnten. Gestatten Sie, daß ich Sie bloß drei Jahre zurückführe. Was ist da bei den Wahlen von der damaligen Kartellpresse zur Begründung des Septennats erfunden worden? (Sehr gut! links.) Wenn die Ausführungen unserer Presse mit „grober Unfug“ bezeichnet werden, dann möchte ich für jenes Treiben einen neuen Begriff in das Strafbuch eingefügt wissen, den des allergrößten Unfugs. (Sehr gut! links.) Herr v. Bennigsen wies darauf hin, daß wir 1867 nichts von der einjährigen Bewilligung gesprochen hätten. Die Verhältnisse haben sich aber von da ab bis heute immer weiter verschoben. Die Zahlen, welche wir jetzt als Friedenspräsenz haben, sind viel größer geworden und bewegen sich auch heute noch in der Tendenz des stetigen Fortschreitens. Je größer die Zahlen werden, desto mehr müssen wir verlangen, daß die Bewilligung eine jährliche wird. Herr von Bennigsen hat selbst zugegeben, daß die prinzipielle Forderung der zweijährigen Dienstzeit eine ungeheuer populäre und für die Regierung günstig wirkende sei. Es handelt sich also nur darum, daß wir ihm eine zu kurze Frist bis zur Einführung derselben gesetzt haben. Ich werde zeigen, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bis zum Jahre 1892 sehr wohl möglich ist, indessen würde sich über den Zeitpunkt der Einführung mit uns ja reden lassen, wenn man uns gezeigt hätte, daß man erstlich auf diese Höhe eingugehen bereit ist. Die Forderung zweijähriger Dienstzeit ist für uns kein Handelsobjekt; wir haben sie gestellt, weil wir in der gegenwärtigen Vorlage den ersten Schritt zu einer weiteren Ausdehnung der Heeresorganisation erblickten, die wir nicht übersehen können, und der gegenüber wir eine Garantie verlangen müssen, daß wir in absehbarer Zeit die Erleichterung, die das Volk haben will, erlangen. Wir sind damit die Vertreter eines Gedankens, der in den weitesten Schichten des Volkes immer mehr hervortritt, und dem die Regierung einmal nachgeben muß. Die Herren v. Huene und v. Mantuffel haben uns gute Lehren gegeben, wie wir das Vertrauen unserer Wähler uns erhalten möchten. Wir sind für diese Rathschläge sehr dankbar; wir werden aber unsere Geschäfte beim Volk selbst besorgen, und wir haben das um so leichter, wenn in der konservativen Partei so fortgefahren wird, wie es gerade bei dieser Vorlage der Fall ist. Es ist hier wiederholt ausgesprochen worden, daß wir mit unseren Anträgen eine Krastprobe machen wollten. Es könnte scheinen, als ob dies von der freisinnigen Partei gesagt worden wäre. Es ist dies weder hier noch in der Kommission geschehen; das, was als Krastprobe angerechnet worden ist, ist von einem Mitgliede der konservativen Partei in der Kommission gebraucht worden. Die angeführten Zahlen über das Plus der Spannung bei der französischen Artillerie sind richtig. Wenn man aber die Dinge richtig beurtheilt, will, muß man neben den vorhandenen Spannungen die in der Mobilmachung einzuziehenden in Betracht ziehen. Diese Zahlen kann ich nun nicht angeben, weil sie aus Mittheilungen entnommen sind, die geheim zu halten sind. Aber die Rechnungen, die ich aufgestellt habe, führen mich zu dem Schluß, daß bei einem sehr großen Theil französischer Batterien das prozentuale Verhältnis, wie viel Pferde einzuziehen sind, um die Batterie kriegskomplekt zu machen, ein ungünstigeres ist, als bei einem großen Theile unserer Batterien. Was auf die Wehrzahl der Spannung Werth zu legen, ist bei einer Mobilmachungsaufrechnung nicht angängig. Den 1. Oktober 1892 haben wir als Termin für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit eingesetzt, weil ein bestimmter Tag doch eingesetzt werden mußte. Darüber, daß die zweijährige Dienstzeit überhaupt eingeführt werden könnte, ist ein Zweifel auch nicht von Seiten der Heeresverwaltung geäußert worden. (Widerpruch.) Im Prinzip nicht. Der Reichstanzler hat nur gesagt, daß sie „zur Zeit“ nicht eingeführt werden könne. Wir halten den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für so unangünstig, wie von der Heeresverwaltung dargestellt wird. Man stellt der zweijährigen Dienstzeit drei Gründe entgegen: daß die Gewehrausbildung eine bessere sein müsse, zweitens, daß die Zeit da sein müsse, um den Soldaten besser zur Disziplin zu erziehen, die Anforderungen an den Muth und die Nervenkraft wurden in einem künftigen Kriege so groß sein, daß man das dritte Jahr nicht entbehren könne, und drittens mache die taktische Umbildung das dritte Jahr unentbehrlich. Die Schießausbildung mit dem neuen Gewehr ist schon heute eine solche, daß der Mann nach einem Jahr als gut ausgebildeter Schütze zu betrachten ist; das ist nicht bloß meine persönliche Anschauung, sondern geht auch aus der Schießvorschrift für die Infanterie, welche für das neue Gewehr eingeführt ist, hervor. Danach gehören der zweiten Schießklasse — sie umfaßt die Soldaten, die am Ende des zweiten Dienstjahres stehen — die ausgebildeten guten Schützen an, der dritten Klasse die vollkommenen sicheren Schützen. Wir müssen also nach der Schießvorschrift für uns in Anspruch nehmen, daß die zweite Schießklasse durchgemacht, als gut ausgebildete Schützen zu betrachten sind. Die Auffassung, daß das dritte Jahr für die Ausbildung nicht notwendig ist, habe ich übrigens seit 1875 in Wort und Schrift vertreten, als ich noch aktiver Offizier war. Die Schießausbildung erfordert jetzt noch weniger Zeit als früher, weil das Gewehr außerordentlich verbessert ist. Ein französischer Offizier, dem eine hohe Autorität in diesen Fragen beigelegt wird, hat sich in dem „Militärwochenblatt“ in diesem Sinne ausgesprochen. Was die Erziehung zur Disziplin betrifft, die Nothwendigkeit, die Nerven für das Gefecht stark zu machen, so meine ich, daß unsere Nerven im Jahre 1871 stärker sein mußten, als in einem Kriege der Zukunft nöthig sein wird. Denn damals sind wir einem weit überlegeneren Gewehr gegenüber gewesen. Das Handnadelgewehr stand dem Chassepotgewehr gegenüber. Haben nun die Nerven einem überlegeneren Gewehr gegenüber ausgereicht, so werden sie einer gleichwertigen Waffe gegenüber in Zukunft erst recht ausreichen. (Sehr gut! links.) Auch diese Auffassung kann ich mit militärischen Autoritäten, die noch heute in der Armee gelten, belegen. Ich verweise im Besonderen auf den Artikel eines aktiven Generallientenants in dem militärischen Wochenblatt. In demselben wird übrigens unter anderem auf eine gerechtere Behandlung des Soldaten als für die Disziplin als erforderlich und notwendig bezeichnet. Der Abg. Bebel hat gestern die Behandlung der Soldaten als eine unumgängliche hingestellt. Der Kriegsminister hat dies mit vollem Recht zurückgewiesen. Es sind aber thatsächlich noch Verhältnisse vorhanden,

Arbeiterbewegung.

Die Hamburger Baumaterialienhändler machen, wie die „Magd. Ztg.“ unterm 23. d. Mts. meldet, bekannt, daß sie während der Streiks an diejenigen Baugeschäfte, welche die jetzigen Forderungen der Gesellen bewilligt haben, kein Baumaterial irgend welcher Art liefern werden. Diese Maßnahme erfolgt, um die Bestrebungen der „Baugewerks-Innung Bauhütte“ und des Bundes der Maurer- und Zimmermeister, sowie derjenigen Baugeschäftsfirmen, welche sich dem Vorgehen der beiden vorgenannten Vereinigungen angeschlossen haben oder noch anschließen werden, so viel als möglich zu untertügen.

Von der Saar schreibt die „Frei. Ztg.“ unterm 22. Juni: Als im vorigen Jahre die großen Ausstands-Bewegungen auf den Kohlengruben unseres Bezirks ausbrachen, waren es vor allen die Werkstätten- und Maschinenarbeiter, welche sich am Streik nicht beteiligten. Auch als dann von den Arbeitern zur Wahrung ihrer Interessen der Rechtsschutzverein gegründet wurde, hielten sich die genannten Arbeiter demselben fern. Allmählig sind dieselben jedoch zu der Einsicht gekommen, daß auch für sie ein fester Zusammenschluß resp. Anschluß an ihre Kameraden von Vortheil sei. In einer Versammlung zu Dudweiler wurden daher die vom Rechtsschutzverein am 4. Mai in Böllingen aufgestellten und in Petitionen an die Saarbrücker Direktion, das Ober-Bergamt und das Abgeordnetenhaus niedergelegten Beschlüsse einstimmig angenommen und ebenso einstimmig beschloffen, daß das gesammte Maschinen- und Werkstättenpersonal in den bergmännischen Rechtsschutzverein eintreten solle, wenn der Vorstand denselben 2 Mitglieder aus jener Arbeiterkategorie in sich aufnehmen wollte. Dieser Vorschlag kam am 19. d. in der Versammlung der Vertrauensmänner zu Bildstock zur Verhandlung. Der Entschluß der genannten Arbeiter, dem Rechtsschutzverein beizutreten, wurde zwar freudig begrüßt, zugleich aber beschloffen, erst dann einen oder zwei Arbeiter in den Vorstand anzunehmen, wenn zwei Drittel der dazu gehörigen Arbeiter ihren Anschluß an den Rechtsschutzverein vollzogen hätten.

Soziale Ueberflucht.

Achtung! Noch ist ein Theil der gemahregelten Schraubendreher arbeitslos. Wir ersuchen deshalb nochmals, die ausstehenden Listen — ob gezeichnet oder nicht — abzuliefern. Die Ablieferungsstelle befindet sich Alte Jakobstr. 69, im Restaurant Lenz, während des ganzen Tages. Besonders ersuchen wir Herrn Becker, Raumnstr. 42, Hof I, an seine Verpflichtungen zu denken. Die Kommission. J. A.: H. Girsch, Neu-Weissenhof, Sedanstraße 35a.

Arbeitseinstellung. In der Ebriet von Adolf Pippmann haben gestern Morgen 6 Mann die Arbeit niedergelegt. Grund hierfür bildeten Streitigkeiten mit dem Prinzipal, der im Gegensatz zu dem Meister glaubte, daß die Arbeiter zu wenig leisteten. Da durch Anzeigen in der „Volls-Zeitung“ bereits andere Arbeiter gesucht wurden, wollten sich die Arbeiter nicht auf das Trockene setzen lassen, sondern legten letztere lieber vorher die Arbeit nieder. Zugang ist fern zu halten.

Wir erhalten folgendes Schreiben: In Nr. 50 des „Gasthauses“, Organ des deutschen Gastwirthsverbandes, vom 22. Juni 1890 befindet sich ein Artikel, betitelt „Der Linksabmarsch in der Berliner Kellnerkassette“. Es ist nicht unsere Absicht, allen darin enthaltenen Angriffen und Ausführungen des genannten Blattes entgegen zu treten, die in dem zu Anfang des Artikels angeführten Thatsachen sind der Wahrheit entsprechend und die Ausführungen darüber als gerechtfertigt anzuerkennen, denn nur die Herzberg'sche Art und Weise, für seine Kollegen einzutreten, ist es gewesen, die eine feste Organisation der Gastwirths-Gehilfen leider verhindert hat; doch sind einige darin angeführte Punkte sowie der Ton der Artikel dazu angethan, vor die Öffentlichkeit gezogen und näher diskutiert zu werden. Aus der ganzen Tendenz des Artikels geht hervor, daß darin von Seiten der Arbeitgeber versucht wird, die Trinkgeldfrage in den Vordergrund zu schieben, als ob dies der alleinige Grund der allgemeinen Unzufriedenheit der Gehilfen des Gastwirthsstandes wäre und wir nur zu diesem Zwecke eine Organisation oder wie es der Artikel so schön nennt, „einen Linksabmarsch“ herbei zu führen beabsichtigt wären. Weit gefehlt! Ihr Herren! Was wir wollen ist nicht eine zahlenmäßige Forderung, mit Verzichtleistung auf das Trinkgeld, davon später! Wir wollen vor allen Dingen eine menschenwürdige Behandlung von Seiten des Prinzipals, das heißt, wir wollen eine Verkürzung der jetzt bestehenden 16—18stündigen ja noch längeren Arbeitszeit, einen zeitweiligen Ruhetag und als Ausgleich für die dadurch entstehenden Ausfälle eine Erhöhung des Gehalts resp. Festsetzung eines Minimallohnes und Verabreichung von guten und nahrhaften Speisen während der Arbeitszeit resp. eine entsprechende Entschädigung dafür. In Summa eine so gerechtfertigte und rein menschliche Forderung, wie sie in dem Arbeiterschutzesgesetz jedem, auch dem geringsten Arbeiter, zuerkannt wird, nur nicht den Gastwirthsgehilfen; von denen ist leider nicht die Rede darin und doch repräsentirt dieser Stand einen großen Theil der Bevölkerung. In Berlin allein sind 26—27000 Kellner, ohne die nicht unter diesen ominösen Namen Gemeindegelben, vertreten. Es ist also wohl an der Zeit, durch gemeinsames Vorgehen dahin zu wirken, daß auch uns der Schutz des Gewerbesetzes zu Theil wird, denn auch wir sind Mitglieder der Gesellschaft und glauben deshalb, daß unsere gerechtfertigten Wünsche an zuständiger Stelle Gehör finden werden. Unser Stand ist ja leider so gedrückt, man möchte sagen verachtet hauptsächlich in Berlin und Umgebung, daß viele sich schämen, denselben anzugehören und lieber jeden anderen Titel nur sich nicht Kellner nennen hören. Hätten die vielen Gastwirths-, Restaurant- und Schankwirthsvereine, Innungen und Verbände in ihren Versammlungen, Sitzungen und Ganwirthstagen sich nur ein klein wenig um die hier in Rede stehenden und ihnen so nahe liegenden Fragen gekümmert, und die soziale Lage ihrer Angehörigen zu verbessern getrachtet, es wäre Ihnen erspart geblieben, sich auf eine so demüthigende Art dem öffentlichen Urtheil jedes rechtlich denkenden Menschen auszusetzen. Es mag ja einige wenige unter den Unternehmern geben, die uns wohl wollen, wir wissen diese sehr wohl zu schätzen. Die große Mehrheit sucht ihre Gehilfen so viel wie möglich moralisch und physisch auszunutzen und dieselben nur als ein notwendiges Uebel zu betrachten, das, wenn es abgenützt, in die Pampelkammer kommt. Die Pferde der Berliner

Pferde-Eisenbahn arbeiten täglich 3 1/2 bis 4 Stunden. Sind sie nicht zu beneiden gegen uns? Sie erhalten kräftiges, gesundes und regelmäßiges Futter. Wir dagegen erhalten Kaffeeaufguss von den schon einmal gebrauchten Bohnen, Frühstück im günstigsten Falle Schmalzbraten, natürlich unbelegt, Mittags meistens die Ueberreste des Mittagstisches und Abends wieder die Abfälle vom Abendgeschäfts, in den meisten Fällen erst nach Schluß des Geschäfts, nach 11 und 12 Uhr oder zu einer Zeit, wo man so viel zu thun hat, daß an Essen überhaupt nicht zu denken ist. Dafür haben wir das Recht, wenn uns das nicht gefällt, dem Prinzipal zu kündigen und nach drei Tagen abgehen zu dürfen. Der Prinzipal dagegen hat das Recht ohne jeden Grund seinen Angestellten sofort zu entlassen. Derartige darauf bezügliche Schriftstücke, die mit diversen andern noch interessanteren Klauseln geschmückt sind, müssen in der Regel bei Antritt der Stellung unterschrieben und auf richterliche Entscheidung verzichtet werden. Hieran schließt sich das Gehalt mit monatlich 10 bis 20 M., welches als ein noch günstiges zu bezeichnen ist. In vielen Geschäften giebt es, nach Abzug aller Unkosten gar kein Gehalt, Man muß noch zubezahlen und es als eine besondere Gnade betrachten, wenn man überhaupt darin arbeiten darf. Daß diese nicht zu bestreitenden, wohl auch allgemein bekannten Thatsachen, die von der sonst so großen und starken Organisation der Gastwirths bis jetzt in keiner Weise berücksichtigt worden sind, notwendig zu einem selbstständigen vereinten Vorgehen der Gehilfen führen mußte, liegt wohl auf der Hand. Es ist nur zu bedauern, daß dies nicht schon früher geschehen ist. Trotz aller dieser hier angeführten, für die Betroffenen wohl recht schmerzhaften Thatsachen wird uns in dem Artikel die Ehre angethan, mit dem Juristenstand verglichen zu werden. Wir sind nicht hochmüthig, wir verzichten auf die Ehre, denn es ist doch absurd, uns mit einer Klasse vergleichen zu wollen, die mit dem nöthigen Kapital ausgerüstet, ihrem Studium obliegt und während dieser Zeit ihr Hauptaugenmerk auf die Unterstützung der Gastwirthschaft gerichtet hält. Sie säen nichts, sie ernten nichts u. s. w., wir dagegen müssen von frühesten Jugend körperlich und geistig arbeiten, um uns unser tägliches Brot zu verdienen, das, wie wohl Jeder einsehen wird, hart genug bemessen ist, denn wer heute nicht arbeitet, hat morgen nichts zu essen. Ja, es giebt wohl unter 100 Gastwirthsgehilfen immer erst einen — hauptsächlich unter den Restaurations-Kellnern — die wirklich im Stande sind, eine Familie selbstständig zu ernähren; in den meisten Fällen muß die Frau noch milarbeiten. Das „Gasthaus“ stellt sich auf den neutralen Boden eines Fachblattes und giebt vor, keine Politik zu treiben, nun ist es etwa nicht Politik, wenn man die berechtigten und schon längst in Fachkreisen bekannten Wünsche der Gehilfen prinzipiell todt schweigt, wenn man sich einseitig auf den Standpunkt der Arbeitgeber stellt, wie dies bis jetzt geschehen ist? Unserer Ansicht nach muß ein Fachblatt die Interessen der Arbeitgeber sowohl als auch der Arbeitnehmer wenigstens vermittelnd vertreten. Oder kann man uns das Gegentheil beweisen? Dann wollen auch wir anerkennen, daß wir uns geirrt haben. Auch wir stellen uns dem vorangeschickten Beispiele folgend auf neutralen Boden. Wir wollen nicht hehen und nicht agitiren, wir würden ja sonst in Gefahr kommen, keine Arbeit zu erhalten (wie uns der Artikel androht). Wir sagen hier nur unsere Meinung und glauben damit im Sinne der meisten unserer Kollegen zu handeln, frei und offen, und überlassen es dem Publikum, sich ein Urtheil darüber zu bilden, ob unsere Forderungen berechtigte sind oder nicht?

Versammlungen.

Eine außerordentlich reich besuchte große öffentliche Schneider-Versammlung tagte am Dienstag Abend in Grätwells Bierhallen unter dem Vorsitz der Herren Pfeiffer, Gebauer und Hoffmann. Die Tagesordnung lautete: „Der Schneidermeister Jahnhauer aus dem deutschen Innungstag und das Handwerk im vierzehnten Jahrhundert und jetzt; die Geschäftspraxis der Firma Hoffmann, Schöndube, Braun und vieler Anderer dem Arbeiter gegenüber; Diskussion.“ Den ersten Punkt der Tagesordnung behandelte in einleitendem Vortrage zunächst Herr Zäterow. Er führte u. A. aus, daß es an der Zeit sei, nachdem man die Forderungen des Handwerks so lebhaft betont und immer wieder hervorgehoben, daß für dasselbe noch immer nichts gethan worden sei, das einmal den Innungsmeistern von den in erster Linie dazu Berechtigten die Antwort erteilt werde. Wohin wir den Blick wenden, finden wir Veränderungen auf allen Seiten. Eine Ruine aber aus uralter Zeit, die allein übrig geblieben, wo ringsum Alles stürzte, ist die Innung. Und fast komisch ist das mittelalterliche Gewand der Bewohner derselben anzuschauen, ihr Bestreben, den morschen Bau, von dem ein Stein nach dem andern abbröckelt, nachdem längst schon die letzte ihrer Säulen gefallen, zusammenzustützen, dies Bestreben ist einfach tragikomisch. Redner gab nun ein eingehendes, lichtvolles Bild der Entstehung der Innungen und ihres Wirtens vom 13. Jahrhundert an bis in unsere Tage. Auf den vergangenen Innungstag eingehend, führte Redner zunächst das Schreiben des Handelsministers von Berlepsch an den Innungstag an. Es heißt in demselben: Er sei überzeugt, daß, wenn die Innungstags-Verhandlungen frei von Gehässigkeit mit Sachlichkeit und Friedfertigkeit geführt würden, dann recht wohl etwas Ersprießliches bei denselben herauskommen könnte. Das sei eben der Pudels Kern. Diese Eigenschaften habe in der Welt Niemand weniger als die Innungen von früher bis heute. Wenn man aber beispielsweise zu Jemandem sagt: „Stehle nicht!“ so setzt man verläumt einfach bei ihm die Neigung zu dieser Thätigkeit voraus. Was ist im Weiteren so Einfacheinendes für die Arbeiter gethan worden? Die Versicherungsgesetze haben doch einfach die Tendenz, Kommune und Staat zu entlasten und der Arbeiterschaft Bedrückungen aufzuerlegen. Nicht die Gesetzgebung sondern die ökonomischen Gesetze haben das Handwerk untergehen lassen. Um dies aber zu begreifen, müsse man mehr Verständnis der ökonomischen Lage haben, als den Herren von der Innung und speziell ihrem Vortragsführer Jahnhauer eigen zu sein pflege. Unrecht sei schließlich der Innung hochmüthige Versicherung, sie sei stets die treueste Stütze von Thron und Altar gewesen. Die von Grund und von Haus aus selbstständigen Innungsbrüder hätten ehemals weder Thron noch Altar geschaut, wenn irgend es ihren Vortheil gegolten habe. Wollte man aber die Innungen heben, müsse

man alle Erungenschaften der Technik im Laufe der Jahrhunderte auf allen Gebieten der Produktion sowohl als der Beförderung einfach vernichten. Redner kritisiert darauf die Innungsforderungen. Die Innungsbrüder drohen, wenn man ihre Forderungen nicht bewillige, abzuschwenken. Wohin? Die freisinnige Gesetzgebung bekämpfen sie, die Sozialdemokraten sind in ihren Augen Umstürzler. Wollen sich die Innungshelden denn — Anarchismus in die Arme werfen?! Es giebt eben kein Rückwärts mehr, und wenn es auch der Mächtigte wollte, es giebt in der wirtschaftlichen Entwicklung nur noch ein Vorwärts. Und dies müsse endlich naturthwendig zur Umwandlung der Produktionsweise führen. — Dem Vortrage folgte lebhafter Beifall. — Trotz mehrfacher Aufforderung dazu melden sich von den zahlreich im dicht gefüllten Saale Anwesenden nur zwei Innungsmeister zum Wort. Der erste betont, daß nur der Umstand, sich einen Lehrling halten zu dürfen, ihn in das Innungslager getrieben, von dem er sich nichts verspreche. Und so wie er seien ungezählte Tausende von Innungsmeistern gesonnen. Der andere Innungsvertreter betont, daß mehr als jeder andere Handwerker die Schneider — „Judenklaven“ seien. Ihm belehrt Herr Zäterow folgende Resolution ward darnach einstimmig angenommen:

„Die in Grätwells Bierhallen am 24. Juni 1890 tagende, überaus reich besuchte große öffentliche Schneider-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten in allen Punkten voll und ganz einverstanden. Sie erklärt die von dem Innungslager aufgestellten Forderungen für unmöglich und kulturwürgend, da dieselben nicht im Stande sind, das Handwerk zu heben, sondern nur noch mehr degeneriren. Die Versammlung sieht vielmehr eine Besserung der Lage des Handwerks, sowie der Handwerker und Arbeiter nur in der Umwandlung der kapitalistischen in eine genossenschaftliche Produktionsweise. Die Versammelten versprechen, allgemein freien Organisationen beizutreten, um Aufklärung in die große Masse zu bringen. Entgegengegesetzt der Ansicht der Innungsbrüder erklärt die Versammlung nur einen Volksvertreter in den Reichstag zu wählen.“

Im dritten Punkt der Tagesordnung kritisiert Herr Pfeiffer: das Vorgehen einiger Firmen ihren Arbeitern gegenüber. In der auch heute noch im Keller befindlichen Werkstätte von Hermann Hoffmann herrschten immer noch ganz abnorme Höllegrade. Diese Werkstätte sei noch immer kein Heim, in dem 10 Stunden pro Tag gearbeitet werden könne, ohne der Arbeitenden Gesundheit zu schädigen. Zum Bohnen sei dieser Raum zu gesundheitswidrig, dann müßte derselbe aber auch zum Arzetein sein. — Bei Leopold u. Schwarz sei neuerlich wiederum der famose Brauch eingeführt worden, den Schneidern von dem sauer verdienten Wochenlohn 10 pCt. für „Benutzung der Werkstätte“ in Abzug zu bringen. Doch sei dieser Ansturm von den Arbeitern erfolgreich zurückgeschlagen worden. Es müßten aber auch die Hausarbeiter mit den Plagarbeitern Hand in Hand gehen, wenn etwas erreicht werden sollte. Unternehmer Schöndube, früher Pfeiffer's politischer Parteigenosse, jetzt Hoflieferant, mahregele Leute, die in den Versammlungen das Wort nehmen. — Firma Braun, Leipzigerstraße 107, bekannt durch Zahlung der niedrigsten Schandpreise, sucht die Arbeiter sich kontraktlich zu binden. Um einen derselben sich zu erhalten, habe er denselben nach und nach 160 M. Vorschuß gegeben. Als diese Summe nicht allsofort abbezahlt worden, seien dem Schuldner alle Sachen abgepfändelt und versteigert worden. 145 M. sei der Erlös gewesen. Um der immer noch fehlenden 15 M. willen habe man dem Veraranten den Offenbarungseid auferlegt. Da derselbe verweigert worden, habe man denselben „seitgesetzt“. (Hebste Pfeiffers.) — Die Firma Levy breche den Gesellen massenhaft den Kontrakt. — Bei Horn sei in der Pfingstwoche für Meister, Geselle und Lehrling die Arbeitszeit für den Sommer 20 Stunden, für die Anderen — 21 Stunden lang gewesen. Dies seien schreiende Mißstände, die man verpflichtet sei, in die weitesten Kreise zu verbreiten. — Nachdem noch die Herren Wiesemann, Borkle und Hermansky die Ausführungen des Referenten ergänzt, schloß die Versammlung mit einem brausenden dreifachen Hoch auf die Schneiderkassette Berlins.

Central-Vereinsvereine der Maurer u. s. w. Grundstein zur Einigkeit. Abh. Charlothenburg. Sonntag, den 29. Juni, Vormittags 10 Uhr, im Kaiserhofal-Bismarcksaal: Gr. Mittelbergs-Versammlung.

Freiwillige Gemeinde. Rosenstraße 28. Sonntag, den 29. Juni, Vormittags 10 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Höfel über: „Ehren wir nichts Postens?“ Gäste sehr willkommen. Nächster Vortrag erst am 10. August. Ref. Dr. Wille.

Gewerbliche Hilfsvereins-Versammlung des Verbandes Deutscher Hilfsvereine (Hilfsvereine) am Sonnabend, den 28. Juni, Abends 8 Uhr, bei Seefeld, Grenadierstr. 22 (Vereinslokal). Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes. 2. Die Bedeutung des Arbeitnachweises. 3. Diskussion. 4. Wahl der Arbeitsnachweiskommission. 5. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder findet vor der Versammlung statt. Verbestung in Ehrenfache.

Gau- und gewerbliche Hilfsvereins-Versammlung des Verbandes Deutscher Hilfsvereine am Sonntag, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Meißel, Bergstraße 129. Tagesordnung: 1. Bericht und Ziele der Organisation. Referent Reichstags-Abgeordneter Herr Schmidt. 2. Diskussion. 3. Verchiedenes.

Jahrbuch. Zimmerer, welche hier in Berlin arbeiten, werden dringend ersucht, Sonntag, den 29. Juni, Vormittags 10 Uhr, Bergstr. 69, in Hilgenfeld's Restaurant zu erscheinen. Berliner Zimmerer werden gebeten, selbigen dem Gaudubergern zu unterbreiten.

Große öffentliche Steinmetz-Versammlung am Freitag, den 27. Juni, Abends 8 Uhr, in Tomat's Salon, Johannisstr. 20.

Minnereisungsverein „Fenselber“ Steinbrücker und Lithographen. Am Sonnabend, den 29. Juni, in Weimann's Volksgarten (Sofundbrunnen): 1. Stiftungsfest.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Madrid, 26. Juni. Die letzten telegraphischen Nachrichten aus Valencia lauten befriedigend. Weder in Puebla de Rugat noch in Montiel haben gestern Erkrankungen stattgefunden. In Genoves kam eine Erkrankung, in Gandia kamen zwei Erkrankungen mit zwei Todesfällen vor.

Briefkasten der Redaktion.

S. 8. 11. 1. 1864. 2. 1867. 3. Auf dem Gräbnermacher.
S. 22. Wir können Ihnen keine Auskunft geben.
H. 54. Friedrichstr. Klein.
H. 8. In mündlicher Auskunft sind wir bereit.

Männer-Gesangverein „Senefelder“

Steindrucker und Lithographen.

Am Sonnabend, den 28. Juni, in Weimann's Volksgarten (Sofundbrunnen):

I. Stiftungsfest.

Großes Vocal- und Instrumental-Concert unter Leitung der Herren: Theuer u. Langer.

Auftreten berühmter Spezialitäten. Grosse Fackel-Polonaise, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält. — Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr an geöffnet.

Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. An der Kasse 40 Pf. Der Reinertrag fällt der Wittve des Verstorbenen Kollegen A. Bastian zu.

Billets sind zu haben bei: Ad. Neumann, Brunnenstr. 101, 2 Tr., P. Gent, Kottbuser Damm 6, 3 Tr., und in den mit Plakaten belegten Handlungen.



Rudolph Reinhardt

Jhrmacher 94 Lindenstrasse 94

neben der Markthalle empfiehlt Silberne Remontoirs für Damen u. Herren in großer Auswahl von 20 M. an. Reichhaltiges Lager goldener Damen- und Herren-Uhren zu realen festen Preisen. Regulateurs mit Schlagwerk in den neuesten Mähern von 25 M. an. Garantie für jede Uhr auf die ganze Dauer derselben.

Reparaturen

werden zu realen Preisen berechnet.

Echten Nordhäuser Korn

700 1/2 Fl. excl. 75 Pf.

Berl. Getreide-Kümmel 90 Pf. beste Magenmedizin

Zugberliner, 80 Pf. bid eingelocht a Liter

Himbeerjast, 1,25 M. erstl. 1,25 M.

Cognac zu Partien empfehlenswerth, a Fl. v. 1 M. an.

empfehlen die Groß-Destillation von Lettau & Keil, Sophienstr. Nr. 12, an der Rosenthalerstraße.

Geschäftsschluss Abends 8 Uhr.

Lokales.

Im Hinblick auf das 450 jährige Gutenberg-Jubiläum dürfte auch der ersten Berliner Buchdrucker zu gedenken sein. Der erste derselben war Hans Weich, welcher bereits zu Wittenberg in den Jahren 1525—1530 einige Bücher gedruckt hatte. Er war, wie aus dem von Kurfürst Joachim II. ihm de dato Kölln an der Spree, Dienstag nach Trinitate 1540 verliehenen Privilegium hervorgeht, auf des Kurfürsten „guediges erfordern und begehren“ mit seiner Druckerei „anhero“ gekommen. Weich wurde durch das Privilegium in der Art geschützt, daß Nachdrucker seiner Bücher 50 Gulden Strafe zahlen mußten, von welchen die eine Hälfte an ihn selbst und die andere an die Gerichtshalter eines jeden Ortes, da die „übertreter“ befunden zu werden, war, die im Jahre 1540 veröffentlichte neue Kirchenordnung, mit deren Abfassung Joachim II. den späteren Generalsuperintendenten Stratner und den Domschreiber Buchholzer, unter Aufsicht des Bischofs Matthias von Brandenburg nach Verhandlungen mit Melancthon und Luther beauftragt hatte. So fällt die erste Leistung der Buchdruckerkunst in Berlin mit der Einführung der Reformation in der Mark Brandenburg zusammen. Jener erste Drucker Hans Weich druckte auch für Agricola mehrere Bücher und soll aus diesem Grunde den berühmten Theologen veranlaßt haben, im Jahre 1540 aus Gießen nach Berlin zu ziehen. Nach Weichs Tode wurde Turneysser der Drucker Berlins. Seine Lebensschicksale sind schon zur Genüge geschildert worden. Als der Nachfolger des berühmten Mannes kann wohl Georg Runge aus Danzig gelten, der im Jahre 1621 ein ausschließliches Buchdruckerprivilegium für Berlin und Kölln und freie Wohnung im Grauen Kloster erhielt. Dieser Runge ist auch, wie Emil Dominik im W. B., Jahrgang 1891, nachgewiesen hat, der erste Berliner Zeitungsdrucker und Zeitungsverleger gewesen, die betreffende Zeitung, deren Schriftleiter Christoph und Veit Frischmann waren, erschien im Jahre 1619 und trug als Kopf die Aufschrift: „Zeitung aus Deutschland, Welschland, Frankreich, Böhmen, Hungarn, Niederlandt und andern Orten wöchentlich zusammen getagen, im Jahre 1619“. Es gehört demnach dieses Berliner Blatt von Runge im Verein mit der schon vor 1609 von dem Straßburger Buchhändler Joh. Carolus wöchentlich gedruckten „Relation Aller Fürnemmen und gedent wärdigen Historien“, von welcher sich der fast vollständige Jahrgang 1609 in der Bibliothek zu Heidelberg befindet, und mit dem von Engelph Emmel, Buchhändler und Drucker zu Frankfurt a. M., im Jahre 1615 gegründeten „Frankfurter Journal“ zu den nachweislich ältesten Zeitungen Deutschlands. Die Entwicklung der Buchdruckerkunst vollzog sich in Berlin ziemlich schnell. Schon im Jahre 1788 waren, wie Nicolai mittheilt, 14 Druckereien hier vorhanden, von welchen zwei nur hebräische Bücher druckten. Eine solche hebräische Buchdruckerlei besaß die in der Spandauer Straße nahe am Hospital gelegene jüdische Freisäule. Jetzt arbeiten in Berlin nicht weniger wie 400 Buchdruckereien.

Eine Aenderung am Knochenbau des menschlichen Körpers, die sich langsam vollzieht und anscheinend durch den Einfluß unserer Kulturverhältnisse bedingt wird, erörtert Dr. Pflüger in einer anatomischen Untersuchung. Der Damm und die große Zehe des menschlichen Körpers sind, wie Jedermann weiß, zweigliedrig, alle übrigen Finger und Zehen dagegen dreigliedrig und wurden bisher gewöhnlich dafür gehalten. Pflüger untersuchte eine größere Anzahl menschlicher Fußskelette und fand, daß die kleine Zehe nicht selten zweigliedrig ist, wobei sich denn deutlich erkennen läßt, daß das Mittel- und Endglied durch ein enges Zusammenwachsen verschmolzen ist, jedoch so, daß sich die Grenzen der beiden Glieder noch deutlich unterscheiden lassen. Pflüger berechnet aus seinen zahlreichen Beobachtungen, daß 36 pCt. aller Skelette diese bemerkenswerthe Erscheinung zeigen, so daß also etwa jeder dritte Mensch zweigliedrige kleine Zehen haben würde; in der Regel sind die kleinen Zehen an beiden Füßen als zweigliedrig. Bei Frauen wird die Erscheinung öfter beobachtet als bei Männern. Man denkt naturgemäß zuerst an Schuhdruck und ähnliche in den Verhältnisseverhältnissen liegende Umstände, welche diese Verwachsung der ursprünglich getrennten Zehenglieder veranlaßt hat; hiergegen spricht indes, daß bei Kindern von der Geburt bis zum siebenten Lebensjahre die Verwachsung ebenso oft wie bei erwachsenen Personen vorkommt und ferner, daß die Leichen, welche an die Anatomie eingeliefert worden und an denen die Beobachtung gemacht wurde, nicht aus den Gesellschaftskreisen herrühren, die besonders enge Schuhe tragen. Aus allen diesen Umständen durchmacht, welche die kleine Zehe des Menschen jenes Stadium durchmacht, welches die Physiologen als „Nüchbildung der Gliedmaßen“ bezeichnen. Diese Nüchbildung findet statt, ohne daß man eine mechanisch wirkende

äußere Ursache nachweisen kann. Ebenso wie die Entwicklung und Form der Gliedmaßen durch deren Benutzung bedingt wird, so findet bei andauernder Nichtbenutzung derselben der Vorgang der Nüchbildung statt. Aus diesen Verhältnissen schließt nun Pflüger, daß die kleine Zehe des Menschen im Begriffe steht, rückgebildet zu werden und zwar ist dies namentlich zu folgern aus der Nüchbildung der zu den Knochen gehörigen Muskulatur. Der ganze Vorgang ist deswegen so interessant, weil wir ihn noch in seinen Anfängen vor uns haben und doch mit Sicherheit den Ausgang absehen können: die schlechtliege Zweigliedrigkeit der kleinen Zehe. Es fragt sich, ob damit die eingeschlagene Nüchbildung beendet sein wird, oder ob sie nur der erste Akt zur gänzlichen Nüchbildung der fünften Zehe ist? Pflüger neigt zur Bejahung dieser letzteren Frage, muß jedoch zugeben, daß die Verweissführung hierfür noch Fragen aufweist, die erst durch allmähliche weitere Untersuchungen ausgefüllt werden können. Hierzu kommt, daß die Untersuchung der kleinen Zehe am lebenden Körper bezüglich der Feststellung der Zweigliedrigkeit Schwierigkeiten verursacht und selbst von einem Anatomen nur mit Mühe gemacht werden kann. Vor allem wird es darauf ankommen, diese Untersuchungen auch auf andere Vögel auszuweiten, die gar nicht oder erst seit kurzer Zeit Schuhzeug oder Sandalen oder dergl. tragen und die Folge der Pflüger'schen Beobachtung wird natürlich sein, daß die bei uns so häufig zum Besuche erscheinenden fremden Völkernfamilien in Zukunft nicht bloß, wie bisher auf ihre Schädelform und die äußere Form des Körpers von den Gelehrten geprüft und gemessen werden, sondern daß sich eine genaue Untersuchung bis auf die „kleine Zehe“ dieser Menschen erstrecken wird. Zu den physiologisch wichtige Problem, wie die Gliedmaßen des menschlichen Körpers ihre gegenwärtige Form erhalten haben, ist das Ergebnis dieser Untersuchungen von Wichtigkeit.

Das letzte Stück der ehemaligen Stadtmauer von Berlin ist gestern auf Abbruch verkauft worden. So meldet uns ein Berichterstatter, der in der Geschichte Berlins wohl bewandert ist und wenn er Recht hätte, so würde es sich wohl geziemen, den Akt mit einer gewissen Feierlichkeit zu begleiten. Es waltet indessen da ein kleiner Irrthum ob. Das letzte Stück — das allerletzte Stück Berlins Vergangenheit — wird wohl noch einige Zeit stehen bleiben, denn es bildet die Abgrenzung des Charite-Grundstücks nach Nordwesten zu. Immerhin darf auch der heutige Angehörige der ehemaligen Bestimmung unruhigen Ausgang des letzten bedeutenden Stückes von Berlins „Besetzung“ zu einem kurzen Rückblick den Anlaß geben. Wo man heute auf Sandstein und Feldblinde geringe Angebotsmächten wird, lief noch im Jahre 1870 durch die „Kommunikation am Neuen Thor“ die Eisenbahn, die sich vom Stettiner Bahnhof ab die verschiedenen „Kommunikationen“ um Berlin entlang vor den „Thoren“ vorüber von Bahnhof zu Bahnhof zog, der Vorläufer der heutigen Ringbahn und im Volksmunde die „Klingelbahn“ genannt. Die alte Mauer Berlins war allerdings schon früher gefallen. Ein Blick auf den heutigen Plan unserer Stadt läßt deutlich die drei Ringe erkennen, welche das Anwachsen um den Kern — Rathhaus und Schloss — bezeichnen. Neue Friedrichstraße und Wallstraße schließen sich fest zum Ringe. Um sie herum im weiten Kreise ziehen sich die jenige Elssäcker, Lothringers, Friedenstraße, die Königgräber, Gitschiner- und Stalherstraße. Und als dritter Gürtel, allerdings in der Zeit, die keine „Einfriedigung“ mehr nötig hat, stellt sich dann der Theil der vor zwei Jahrzehnten projektierten, aber bisher nicht fertig gewordenen Ringstraße dar, von der ein Theil die Gneisenauer, York, Bülowstraße u. s. w. sind. Von der ersten Mauer Berlins fiel das letzte Stück vor jetzt fünf Jahren, als die Kaiser-Wilhelmstraße durchgezogen wurde und in das Gassenwebwerk Bresche legte, das sich innerhalb der Neuen Friedrichstraße hinzog. Nur der „Kalandshof“ ist von jener Zeit geblieben, ein ehemaliges Kloster, an dem sich die Erinnerung wasser Orgien knüpft, und der sich in der unmittelbaren Nähe jener Gasse mit dem verrufenen Namen befand, die bis in die jüngste Zeit hinein bestehen konnte, ehe sie fortgesetzt ward. Die zweite Mauer fiel theilweise im Jahre 1668. Aber die beiden Mauern, die aus Berlins grauester Vorzeit und die aus jüngerer Vergangenheit unterscheiden sich doch wesentlich von einander. Die erste war wohl geeignet, bei guter Vortheilung einem Ansturm eine Zeit hindurch Stand zu halten, sie war stark und fest gebaut. Die zweite kam mehr auf eine Spielerei hinaus, sie sollte wohl hauptsächlich die Steuerkontrolle an den Thoren möglich machen. Denn bei einigemachen gutem Willen konnte ein gewandter Mann sie überlisten, und als sie die ersten Anzeichen von Altersschwäche gab, ärgerten die Berliner Jungen die Schatzkammer dadurch, daß sie Löcher in sie schlugen und durch dieselben an der innerhalb der Mauer befindlichen „Kommunikation“ in die außerhalb derselben laufenden „Thorsirren“ krochen, sobald sie für eine Ungezogenheit gefaßt werden sollten. Noch im Jahre 1870 bestand übrigens das letzte Ueber-

bleibsel der Klingelbahn, auf der damals französische Gefangene transportiert wurden und auch von ihr ist noch ein letztes, nur Nachts befahrenes Stück Geleise in der Gitschinerstraße als Zufahrt für die Gasanstalten. Von der inneren Seite mit der stark besetzten Mauer bis zu dem heutigen Berlin, das ganz Dörfchen und Orte in seinen Hangarmen herbeigeht zu seiner Vergrößerung — welche wunderbare, immer von Neuem in Erstaunen setzende Entwicklung!

Durch die immer größere Ausbreitung des „glatten Pfankers“ in Berlin ergeben sich mit Nothwendigkeit einige Reformen des Fuhrwesens, auf welche von sachmännischer Seite in beachtenswerther Darlegung hingewiesen wird. Die Droschkenfahrer sind, so wird versichert, erprobte Fahrer. Wagen und Pferde stehen beständig unter Kontrolle der Behörde und läßt sich kein Kutscher, denn er weiß, daß ein verurtheiltes Erkenntnis des Gerichts seine Existenz vernichten kann. Die Frage ist also gerechtfertigt. Steht in Berlin die Kunst des Wagenbauers auf der Höhe der Anforderungen, die eine Weltstadt in Bezug auf sofortiges sicheres Gehen an das Fuhrwerk stellen muß? Die Antwort ist: Nein! Es klingt wie kleinasiatischer Spott, wenn man liest, „obwohl der Kutscher die Pferde zurückzieht, rollten die Räder doch über Brust und Arme des unglücklichen Kindes.“ Als ob die Pferde, die auf glatter Bahn, auf nassem Gese oder Asphalt sich selber kaum halten können, im Augenblicke der Gefahr im Stande wären, den Wagen zum Stehen zu bringen. Neben dem Mangel guter Heimmrichtungen sind die sinnlosen Scheuklappen der Pferde für manches Unheil verantwortlich. Im öffentlichen Fahrdienst ist die Verwendung blinder Pferde polizeilich verboten, dennoch blendet man das Auge schöne Auge des Pferdes durch die Scheuklappen so, daß das Tier nur einen schmalen Streifen der Fahrbahn sehen kann. Es sieht den Anaben erst, wenn er unter den Füßen liegt. Ohne die Scheuklappen weicht das Pferd dem Hindernis freiwillig aus oder springt darüber hinweg. Fort also mit den Scheuklappen und kräftiges Heimgespann an die Räder, dann wird man nicht mehr erzählen können, daß in Berlin in einem Monat mehr Glieder durch Wagen gebrochen werden, als auf allen deutschen Eisenbahnen im Laufe des ganzen Jahres. Die Berliner Omnibusse haben bereits seit lange eine Heimmrichtung und ebenso ist die Zulässigkeit der Scheuklappen Abschaffung glänzend bewiesen, da weder die Thiere der Berliner Pferde-Eisenbahn, noch die der Berliner Feuerwehr Scheuklappen tragen.

Das am Dienstag in der Provinz niedergegangene Gewitter hat in Gadowitz Entsetzliches vollbracht. Wie nachträglich berichtet wird, befand sich daselbst während dieses Gewitters der Wälder Gottfried Mehlis mit seinen vier unmündigen Kindern auf dem Felde bei der Arbeit. Die Frau desselben war am Morgen nach Hofen gefahren, um Einkäufe zu machen. Als dieselbe Abends heimkehrte und ihren Mann mit den Kindern noch nicht zu Hause traf, beunruhigte sie sich weiter nicht über das Fortbleiben der Ihrigen, sondern schickte sich an, Abendbrot zu machen. Da kam eine Nachbarin und erzählte, wie das Gewitter gehaßt hat. Sofort besaß Frau Mehlis eine unheimliche Angst um ihren Mann und ihre Kinder, weshalb sie sich mit mehreren anderen Dorfbewohnern nach dem Felde aufmachte, um ihren Mann zu suchen. Bald fand man ihn, aber todt am Boden liegen. In seinem Schooße schlummerte wohlbehalten das jüngste Kindlein. Daneben lag wimmernd das zweiwöchentliche Kind, welches vom Blitz nur stark verbrannt war, und in einiger Entfernung schliefen, ebenfalls vom Blitz erschlagen, die zwei anderen Anaben, um nicht wieder zu erwachen.

Das ist das Berliner Leben, wie es weint und lacht! Dieser Melanchole kommt einem unwillkürlich in den Sinn, wenn man Morgens zeitig die Straßen Berlins durchwandert. Vom großen Geräusch des Tages ist nicht viel zu sehen. Die Häuser stehen verschlossen da und nur die Vorböden des Lebens und Treibens sind auf den Beinen gleichsam dieses einleitend. Da sieht man im gestreckten Trabe die Milchfuhrwerke nach den Bahnhöfen fahren, um den Erwachenden sofort frische Milch und Sahne, je nach dem Geldbeutel des Empfangenden verabreichen zu können. Aus der Peripherie eilen die Fuhrwerke der Grünkrämmer nach den mehr nach dem Zentrum hin gelegenen Markthallen, um von den dort eingetroffenen Bauern, Gärtnern und Großhändlern den Bedarf des Tages einzukaufen. Es herrscht hier ein reges Leben und Treiben, das es für den Augenblick vergessen läßt, daß erst die vierte Stunde nach Mitternacht begonnen. Hier und dort sieht man die Zeitungsträger nach den Expeditionen eilen, deren einige bereits kurz nach drei Uhr Morgens gefahren sind, um auch für die geistige Speise des erwachenden Publikums zu sorgen. Aber auch Liebe und Leidenschaft, Reichtum und Glend giebt in den Morgenstunden sich gewissermaßen Herdeponen. Man sieht Droschen mit Paaren, die auf dem Balle sich gefunden, nach Hause fahrend die Straßen kreuzen, ganze Gesellschaften auch zu Fuß in lebhaftem Geplauder

Nachdruck verboten.

Ein Sonntag-Nachmittag.

Riva am Gardasee, Mitte Juni.

Ich bin allein. Alle sind fort, sich zu erlustigen, sich zu zerstreuen. Grabesstille herrscht im Hause. Ich rücke meinen Tisch auf den Balkon, denn es will mir scheinen, daß die Schatten in der Tiefe des Zimmers dunkel genug sind zum Hintergrund für ein Schemen. Leicht könnte in ihnen das blasse, junge Weib aufstehen, das sie im Vorjahre von hier hinausstrugen zu dem stillen, winzigen Friedhof, auf den ernst und erbarmend die Berge niederzuschauen.

Ich kenne gar genau die Geschichte der Armen, und doch hat die Geschwähigkeit, die sie mir erzählte, Eines darin vergessen — das ich später selbst ergrübelte.

Als ich einmal während eines tüchtigen Regens hinter dem geschlossenen Fenster stand und in die Gegend hinaus sah, las ich den Namen „Paul“ auf einer der Scheiben.

Wie ein Thränenstauer floß der Regen darüber hin. Die kranke Frau hatte den Namen dort hineingericht — es war der des von ihr geschiedenen Gatten. Sie war nicht nur an der Krankheit gestorben, die der Doktor mit lateinischem Namen nannte — das wußte ich noch aus einer anderen Quelle. In der Schreibstube hatte ich beim Einräumen meiner Papiere einen zerknüllten und wieder glatt gestrichenen Zettel gefunden und darauf die Worte: „Lieber, lieber Paul.“ Weiter war sie nicht gekommen, als zu diesem lieblosenden Gedanken, dem sie vielleicht nur deshalb nichts hinzufügen wollte, weil es hätte ein Vorwurf sein müssen.

Wie ein Siegel lag unter diesen Worten eine Thränenspur. — — —

Lange denke ich der Todten. In der um mich herr-

schenden Stille beginnt es, sich zu regen. Die Olivenbäume unten schütteln leicht ihre Zweige und kühl weht es mich an. Das Weisblatt am Balkongeländer rauscht und seine rötlichen Blüten schwanen im Windhauch. Unter mir wird ein Fenster geöffnet, ich schaue hinauf. Aha, der schwarze Ledentopf ist es, der auf Nummer 9 wohnt. Wie tief die grauen Augen sind, die unter diesem Gelocke in die Welt schauen und — in welche Welt lassen sie schauen! Ist es schlummernde oder gebändigte Leidenschaft, die in ihnen zuweilen auflacht? Schon gestern mußte ich mich dies fragen, da der hübsche Inhaber dieses Kopfes mir gegenüber Hühner-Fricassée verzehrte und dabei großend und schwachtend in die Weite sah. Ein Pole ist er, zerfahren und interessant, wie seine ganze Nation. Aber er ist keineswegs ein gediegener Mensch. Ein Mann, der mit so vielen Kollis reist, ist niemals gediegen. Er beginnt jetzt zu summern. Natürlich erwarte ich eines der trümmerschen Lieder seines Volkes und natürlich werde ich enttäuscht. Er singt eine Walzerarie mit irgend einem abgegriffenen Text und er singt noch dazu falsch. Ich rücke lebhaft mit dem Stuhl und der Sänger schweigt. Bald darauf tritt er aus dem Hause. So zierlich ist er wie gestern nicht vorgekommen und da er einem der vor dem Thore promenirenden Stubenmädchen zulächelt, sehe ich eine Reihe karidöser Zähne. Vielleicht sind sie schuld, daß er das Fricassée scheinbar so erdabgewandt gegessen. Ein Herz tänzelt um ihn zu: „Gut! Dich! Woher? Wohin? Zu unserer Truppe? Köstlich! Da wir hier tanzen? Na, die armen Weiber!“ — Arm in Arm gehen sie miteinander weiter.

Also Tänzer ist er! Nun, es muß auch solche geben! — Ueber den See zieht es schwarz herauf. — Wird es ein Sturm? Haben seine Vorböden, die Stille und die Schwüle, mich so grünlich gemacht? Aber, ich bin es ja gar nicht, laut muß ich lachen, sehe ich auf das Pärchen unter meinem

Fenster. Wie unvermählt sind da noch die Bauernmännern mit dem städtischen Pug. Sie ist eine der Hausmägde, welche heute vergeblich die Dürftigkeit ihres Haarwuchses unter einem Hute zu bergen sucht. Sie hat weiß-zwirnene Handschuhe auf die derben Hände gestülpt und hält krampfhaft das große, im „Zipf“ gelegte Taschentuch unklammert, während die zweite Hand konvulsivische Bewegungen mit dem Fächer macht. Alles umsonst! Eine Köchin wird niemals eine Lady. Arme Nationaltracht, die sich schon überall vom städtischen Kleide, das fast immer eine Jahreszahl trägt, schinden lassen muß!

Jetzt sehe ich, wie grob-häglich die sonst nur dralle Nina ist. Ihr Begleiter paßt nur zu gut zu ihr. Sein ganzes Aeußere ist eine große Lächerlichkeit. Seine misgabelgenohnten Hände schienen mir nie so umfangreich zu sein, als heute, da sie ein lächerlich-dünnes Spazierstöckchen lächerlich dumm gebrauchen.

Die Zwei verschwinden im Hause. Auf der Straße wir, es lebendig. Leute eilen von allen Seiten her, um noch rechtzeitig heimzukommen. Die Kellner drüben nehmen das Tischzeug von den Tischen, die im Freien stehen, und ein altes Mütterchen stellt einen Myrthenstock in die Gasse, dann schließt sie sorglich das Fenster.

Nichtig kommt ein prächtiges Wetter über die Alpen her. Der Monte Baldo, der an dem östlichen Ufer des Gardasees sich hinzieht, wird von den Dünsten verschleiert, die, aus dem heißen Boden steigend, sich im kühlen Lufthauch verdichten. Bläulicher scheinen die ferneren Wälder und dunkler die weite Wasserfläche. Mit Windeseile ziehen die Wolkenheere heran. Noch einige Augenblicke lang leuchten die hellen Häuser weiter unten in der Bucht aus dem glänzenden Vorbergrün, dann strecken sich auch zwischen ihnen und die Sonne die Wolkenfontänen nieder. Schon ist ringsum der Kranz der Berge von tiefhängendem Gewölk beschattet, das bald auf ihren Gipfeln lagert. Ein blei-

Soziale Uebersicht.

Ihre respektiven Wohnstätten aufsuchen. Die Wiener Cafés, diese Einrichtungen der Weltstadt, sie leeren sich allmählig. Eine bunte Gesellschaft ist es, die diesen entströmt. Nachtschwärmer, die anderweitig ihrem Bedürfnisse, ihrem Kalter ein Paroli zu bieten, nicht nachkommen können, gewisse Damen der Halbwelt mit ihren Beschützern, die nach der Nacht Lust und Mühen ein wenig Stärkung sich geleistet, wobei nicht selten des Guten zu viel getan worden und vereinzelt Vergnügungstreibende aus der Provinz, die Berliner Lokalstudien getrieben haben. Kleine Trupps junger Leute ziehen durch die Straßen, ihren Hissen so viel wie möglich balanzierend, da und dort von den Hütern der Ordnung bei zu totem Treiben angehalten. Aber auch das Glend, nicht nur das glänzende sondern auch das nackte ist niemals besser zu sehen als gerade jetzt. In den etwas zurückgebaute Thorenwegen trifft man nur zu häufig schlafende, die keine bleibende Stätte jahraus, jahrein haben, diese Parias der menschlichen Gesellschaft; Kaster und Leidenschaft, sowie das Glend haben ihnen ihren unverkennbaren Stempel aufgedrückt. Beim Beginn der fünften Stunde ändert sich das Bild. Die ersten größeren Trupps der Arbeiter beginnen auszuwärmen. Bäckergesellen, Milch- und Frühlingsarbeiter gehen von Haus zu Haus, die ersten Bau- und Fabrikarbeiter, die weit nach den Arbeitsstätten zu laufen haben, gehen im Eilschritt ihren Arbeitsstätten zu. In der sechsten Stunde folgt dann das Gros der Arbeiter; die Weltstadt ist erwacht und in ihrem bunten Getriebe verlieren sich zum größten Theil diese scharf umgrenzten Linien.

Wie mühselig einzelne Arbeiter der Militär-Verhältnisse infolge der Wohnungsnoth in Spandau ihr Brot verdienen müssen, dafür wollen wir hier nur ein Beispiel anführen. Ein Arbeiter des Feuerwerks-Laboratoriums, der in Charlottenburg in der Wilmsdorferstraße wohnt, ist in derjenigen Sektion des Instituts beschäftigt, in welcher die doppelte Tagesschicht, von Morgens 4 bis 1 Uhr und von Mittags 1 Uhr bis 10 Uhr Abends eingeführt ist. In der Woche, in welcher er in der Morgenschicht arbeitet, ist er genöthigt, den Weg von seiner Wohnung nach Spandau, etwa 1 1/2 Meilen, zu Fuß zurückzulegen; er muß seine Bekleidung zu diesem Zweck schon Nachts 1 1/2 Uhr verlassen. Das Fahrblatt kann er in einer solchen Woche nur für die Rückfahrt benutzen, denn vor 4 Uhr Morgens geht kein Eisenbahnzug zwischen Charlottenburg und Spandau. Der Mann hat sich bisher vergeblich bemüht, in Spandau eine Wohnung zu finden; und so, wie diesem, geht es sehr vielen.

Ein **Einbruchsdiebstahl** verbunden mit Brandstiftung ist in der gegenwärtig unbewachten Wohnung des Bankier Grass in der Burgstraße verübt worden. Als der Portier des Hauses am Morgen den Hof betrat, fiel es ihm auf, daß unter dem Kichenfenster der G'schen Wohnung die Hofleiter stand. Er schloß sofort Verdacht, daß ein Einbruch verübt worden ist und begab sich daher in die G'sche Wohnung, wo er seinen Verdacht bestätigte. In der von der Küche nach der Wohnung führenden Thür war die Füllung herausgeschnitten und an der Erde lagen kleine Stücke Holz, welche übereinandergelegt und in Brand gesteckt waren, so daß der untere Theil der Thür angekokelt ist. Die sofort von dem Vorfall in Kenntniß gesetzte Kriminalpolizei stellte zunächst fest, welche Gegenstände gestohlen worden sind, um alsdann die nöthigen Ermittlungen nach den Thätern einzuleiten, die auch bereits gehen zu der Verhaftung der bei G. früher thätigen Amme Louise Preuse geführt hat, da bei ihr ein Theil der gestohlenen Sachen vorgefunden wurde. Die P. hat den Diebstahl mit einem Komplizen ausgeführt, und um den Verdacht eines Einbruchs zu beseitigen, das Feuer angelegt, welches jedoch nicht zum Ausbruch kam. Die Verhaftete zog sich sodann ein neues schwarzgezeichnetes Kleid der Frau G. an und entfernte sich mit einem großen Paket gestohlener Gegenstände, ohne von dem Revierwächter, der sie aus dem Hause kommen sah, angehalten zu werden. Nach dem Komplizen der P. wird noch gefahndet.

Ein **internationaler Hochstapler**, der auch in Berlin eine Gastrolle gegeben hat, ist dieser Tage in Como verhaftet worden. Derselbe hatte seit Jahren den ganzen Kontinent durchstreift und in den verschiedenen Städten Einbrüche und Diebstähle verübt. Sein Name ist Antonio Camporini. In Berlin hat er aus Mailand stammende Verbrecher 30 000 M. gestohlen; es war ihm gelungen, mit seinen Genossen rechtzeitig zu entkommen. Von der deutschen, österreichischen, schweizerischen und französischen Polizei sind gegen ihn Steckbriefe erlassen. In Como wurde er bei einem Silberdiebstahl abgefaßt. Man wird er den betheiligten Behörden der Reihe nach befehligte Bestrafung ausgeliefert werden. In Berlin hatte Camporini sich unter anderem Namen aufgehalten.

Polizibericht. Am 22. d. M. stürzte ein Arbeiter, als er sich nach seiner im Keller des Hauses Holzmarktstr. 37 belegenen Wohnung begeben wollte, vermutlich in der Trunkenheit, die Treppe hinab und erlitt hierbei eine so schwere Gehirnerschütterung, daß er bald darauf im Krankenhaus am Friedrichsbain, wohin er gebracht worden war, verstarb. — Am 25. d. M. Nachmittags fiel ebenso im Hause Klosterstr. 39 ein Mann im trunkenen Zustande die Treppe hinunter und erlitt hierbei so schwere innere Verletzungen, daß er mittelst Krankenwagens nach der Charité gebracht werden mußte.

farbene Regenwand senkt sich nieder, sie ist scharf abgeschnitten an beiden Seiten, und wo ihre Wasser in den See gehen, hat er sein Blau und seinen Glanz verloren und sieht ruhig und trübe aus. Ueberall sonst aber tanzen auf seinen zuckenden Wellen weiße Schaumstreifen, und die wenigen Parken, welche noch draußen sind, beilen sich, an das Land zu kommen.

Blau-gelbe Blitze zucken durch die Wolken und ferner Donner wird hörbar. Grollend antworten ihm die Berge.

Jetzt wird es plötzlich finster über mir und kalt und luftbeugt. Das Wetter ist da. Die Straßen sind leer, die Fenster und Thore geschlossen und ringsum herrscht Stille. Wenn die Natur so laut spricht, verstummen die Menschen.

Nichts Lebendes ist zu sehen, nichts Lebendes, als die Natur selbst, die growlt und weint.

Der Tag der Ruhe ist ein Tag grausenden und doch segensbringenden Schaffens für sie geworden. Nicht eben will das Toben da draußen.

Längst ist der Nixthausstock dort unten fortgeschwemmt, denn schon geht ein kräftiger, d. h. ein leidenschaftlicher Regen nieder.

Und das ist gut, denn drüben an der Berglehne leuchtet plötzlich ein breiter, rother Schein auf, der im fallenden Regen bald wieder schwächer wird. Was der Blitz verbrochen, das macht der Regen wieder gut.

Vor mir herrscht unruhige Dämmerung, hinter mir ist es fast Nacht.

Unwillkürlich trete ich näher an das Fenster. Unter den rinnenden Wasser lese ich wieder das Wort, das die Sehnsucht hineingerührt.

Habe ich geseufzt? That es die Andere?

Auguste Groner.

Zum Mauererkrieg in Hamburg. Acht Wochen liegen die Hamburger Mauer bereits in einem Streik, welcher durch die ungeheuerlichen Maßregelungen des Unternehmertums, besonders der Jungmeister, antwärtlich der Meißler (es wurden 3000 Mauerer auf's Pflaster gesetzt) inszeniert wurde. Der Kampf ist schwer. Eine große Anzahl von Kollegen sind hinter Schloß und Riegel gesetzt, obgleich sie weiter nichts verbrochen haben, als von dem ihnen gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch zu machen, um zugewiesene indifferente Kollegen von der Sachlage zu informieren und zu überzeugen. Aber jede Annäherung an einen solchen von den Unternehmern herbeigeschleppten Mauerer wird mit sofortiger Verhaftung geahndet. Ja, es ist vorgekommen, daß selbst zugewiesene Mauerer, die zufällig sich begegneten, verhaftet wurden, weil man vermutete, der Eine wolle den Anderen zur Abreise bewegen etc. Die Bauten sind vielfach mit Polizei besetzt und von den Bahnhöfen werden die Kollegen unter Schimpfwörtern, wie Flegel, Frankfurter u. s. w. von den Polizeimannschaften verwiesen. Ein Fingerzeig dieses oder jenes Unternehmers genügt zur sofortigen Verhaftung. Die Unternehmer dagegen haben den größten Spielraum und genießen die Fürsorge der Behörden im größten Maße. Sie haben volle Freiheit auf den Bahnhöfen und dürfen sich sogar Mißhandlungen an Streikenden erlauben, ohne daß es bisher bekannt geworden wäre, daß einer von diesen Herren dafür in's Gefängnis wandern mußte. Es hält also unter solchen Verhältnissen schwer, den zugewiesenen Kollegen beizukommen und sie zur Abreise zu bewegen, trotzdem Geldmittel genügend vorhanden sind. Die Bahnhöfe sind mit Polizei besetzt, die Schlafstellen und Wapplätze ebenfalls, also was da thun?

Die Hamburger Kollegen haben in ihrem ruhigen und besonnenen Vorgehen sich durch nichts beirren lassen. Alle stehen wie zu Anfang fest zusammen und die Gegner werden, mögen auch noch so harte Mittel angewendet werden, sie von dieser Bahn nicht verdrängen.

Schwer ist der Kampf, Kollegen! Mit dem Unternehmertum im Verkauf wäre wir längst fertig, d. h. sie lägen längst unten, wenn nicht die Großkapitalisten, wie Kaufleute und Industrielle, sich so eng verbunden und große Summen für die Herren Jungmeister hergegeben hätten. Wir werden aber auch diesem Karrierefeld Widerstand leisten und hierzu richte ich besonders diese Mahnung an die Kollegen, welche sich schon wochenlang ausserhalb aufgehalten haben, um so den Sieg erringen zu helfen.

Kollegen außerhalb, die Ihr die Heimstätte verlassen habt, harret noch eine Zeit lang aus! Macht die größtmögliche Propaganda allerorts, um neuen Zuzug zu verhindern. Eintausend Mann sind es erst, welche hier im Ganzen arbeiten; diese können uns den Sieg nicht illusorisch machen, da sie meistens den hiesigen Anforderungen nicht gewachsen sind. Also thut, was in Euren Kräften steht und harret aus!

Mit kollegialischem Gruß

A. Dammann, Maurer.

Hamburg, den 25. Juni 1890.

Versammlungen.

Eine Generalversammlung der Zimmerer von Nirdorf, Briß und Umgegend fand am 15. Juni statt. Aus der Tagesordnung stand: 1. Bericht über den Handwerkerstand. 2. Lohnfrage. 3. Verschidenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Herr Ortland einen Vortrag über die Verhältnisse des Handwerkerstandes. Zum 2. Punkt „Lohnfrage“ legt Herr Ortland die Nothwendigkeit klar, daß ein Jeder dahin wirken müsse, die Sonntags- und Ueberstundenarbeit gänzlich aus der Welt zu schaffen, damit zum Theil die auf der Strafe liegenden Kameraden Beschäftigung erhalten. Dann wies Redner auf den gerechtfertigten Streik der Zimmerer in Hamburg hin. Man müsse dieselben unterstützen, denn wenn die Hamburger Kameraden siegen, dann erringen auch wir wieder Achtung bei den Meistern. In dieser Sache sprachen noch die Kameraden Preissing, Peter, Schäfer. Die beiden letzteren lobten sehr die gute alte Zeit, wo die Kunst noch Geltung hatte und sich nicht jeder Schuster oder Schneider Zimmerer nennen durfte. Kamerad Gestrois betonte demgegenüber, daß die jetzigen Verhältnisse bedeutend besser seien. Der Arbeiter sei jetzt ein freierer Mann. Früher war der Zimmerer vom Meister abhängig, und wenn er dem Herrn Meister nicht mehr gefiel, entließ er denselben ganz einfach, ohne daß er wieder bei einem anderen weiter arbeiten durfte. Darauf wurde folgender Antrag angenommen: „Die heutige Generalversammlung der Zimmerer von Nirdorf, Briß und Umgegend beschließt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Hamburger Kameraden zu unterstützen. Kamerad Preissing theilt mit, daß die Hamburger Zimmerer für einen billigeren Lohn in Berlin arbeiten als die hiesigen; das wäre nicht lobenswerth. Herr Ortland versprach, in dieser Angelegenheit Abhilfe zu schaffen. Zum Punkt „Verschiedenes“ beschloß man, daß nicht mehr wie bisher die Versammlung alle 14 Tage stattfinden soll, sondern alle Monat. Die entstehenden Kosten könnten zu einem besseren Zweck verwendet werden. Die Bekanntmachung soll nicht mehr durch Plakate, sondern in „Berliner Volksblatt“ oder dem „Zimmerer“ geschehen.

Eine öffentliche Versammlung der Holzgerber und Lederriecher Berlins fand am Mittwoch Abend unter dem Vorsitz des Herrn Kravozak im Lokale des Herrn Haase, Große Frankfurterstr. 117, statt. Aus der Tagesordnung stand als erster Punkt ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Schumacher; derselbe war aber am Erscheinen verhindert und man ging deshalb zunächst dazu über, Stellung zur Streik-Kontrollkommission zu nehmen. Nach längerer Diskussion wurden die Herren Brendel und Wuffe in die Kommission gewählt. Hieran referirte Herr Wuffe über den Einshorner Streik. Kollege Kopas habe von dort aus mitgetheilt, daß der Streik aufgehoben worden sei; bei den großen Arbeitseinstellungen an anderen Orten habe man auf entsprechende materielle Hilfe nicht rechnen können und so sei man, nach schmerzlichen Anshorren, unterlegen. Das Ende des Streiks sei auch der Grund des Nichterscheinens des Kollegen Kopas zur heutigen Versammlung. Vor acht Tagen habe derselbe noch fest auf den Sieg gerechnet, allein die mangelnde materielle Hilfe habe die Hoffnung zu Schanden gemacht. Von Berlin aus habe man zwar 800 M. zur Unterstützung gefandt, doch hätte die Summe weit größer sein können, wenn sich alle Kollegen rege an den Sammlungen betheilig hätten. Ein kräftigeres Zusammenhalten sei also erforderlich, andernfalls laufe man Gefahr, die bisherigen Errungenschaften wieder zu verlieren. (Beifall.) Herr Madel schloß die Versammlung die gegenwärtige Lage der streikenden Kupferschmiede. 80 Streikende hätten Berlin verlassen und es sei auch gelungen, den Zuzug fern zu halten; die Sachlage sei mithin keine ungünstige. Bisher hätten die Kupferschmiede der Unterstützung durch andere Gewerkschaften nicht bedürft, aber nach schmerzlicher Dauer der Arbeitseinstellung sei jetzt diese Unterstützung notwendig geworden. Die Versammlung nahm schließlich einen Antrag an, nach welchem den streikenden Kupferschmieden rege Unterstützung zu Theil werden soll.

Eine öffentliche Versammlung der Vergolder, Vergolderinnen und Verussgenossen hatte am Mittwoch Abend Scherfer's Salon mit etwa 200 Personen, darunter etwa die Hälfte dem weiblichen Geschlecht angehörig, gefüllt. Die Tagesordnung lautete: 1. Arbeiterschutz-Gesetz. Referent: Staatsrath J. B. 2. Nichtigstellung der Fragebogen. 3. Streikangelegenheit. 4. Verschidenes. — Den Vorsitz bildeten die Kollegen Kiebergall, Schumme und Fries. Da der Referent des Abends, anderweit abgehalten, nicht erschienen war, ging

man nach erfolgter Regelung der Fragebogenangelegenheit zur Abrechnung des partiellen Streiks speziell in Bezug auf die Firma Methlow u. Co. über. Die Abrechnung gab Herr Kassier Wiltsky. Insgesamt stellt sich die Ausgabe auf 6248 Mark. Bilanz: Einnahme 8417 Mark 15 Pf., Ausgabe 6248 Mark, Bestand 2159 Mark 15 Pf. — Nachdem die Herren Revisoren Albrecht und Link die Abrechnung als mit großer Gewissenhaftigkeit geführt und in allen Punkten stimmend an-gegeben, verließ man diesen Punkt der Tagesordnung. Zu „Verschiedenes“ kommt zunächst der schwierige Punkt der, wie nurmehr bestimmt nachgewiesen, nicht allein im Rayon Berlins, sondern weit darüber hinaus in Bezug auf die Vergolder kursirenden schwarzen Listen zur Sprache. So produziert der Vorsitzende ein solches Schriftstück aus Hamburg, in dem vor einem Arbeiter als wegen „Beschmutzung des Lokals, regelhaftes Benehmen und Aufhebung“ aus dem Arbeitsverhältnis entlassen, erwartet wird. Redner führt mit Recht das Schändliche einer solchen Brandmarkung an, die dem Betroffenen zum Amt gereichen muß und, außerhalb des Rahmens der Gesetze stehend, der mittelalterlichen Wehne gleiche. Wozu wende man die Gesetze nicht an, die doch genug Handhaben dazu böten, wenn man etwas gegen den Arbeiter habe? Mit Recht dürfe man einem kriminell Vorbestraften sein ehemaliges Vergehen nicht vorwerfen. Hier aber müsse Jemand einen oft harmlosen Jugendstreich als Makel zeit lebens mit sich herumtragen und werde dafür mit dem Fluch der Erwerbslosigkeit, dem Schlimmsten, was den allein auf seine Kraft angewiesenen Arbeiter geschehen könne, bestraft. Entlassenen Strafgefangenen reiche man die hilfsbereite Hand. Und dies sei schon. Dem reinen, makellosen Arbeiter verweigere man die Thüren. Was Einer gestern gethan, könne ihm von ernsten und humanen Leuten heute nicht mehr vorgeworfen werden. Es ward noch von verschiedenen Rednern die Hoffnung ausgesprochen, daß werde sich Grund finden lassen, gegen diese schmutzige Handlungsweise einen Staatsanwalt zu finden. Man will sich bemühen, von sämmtlichen vier Städten, in denen bisher nachweislich schwarze Listen geführt werden, Originallisten derselben zu bekommen, um die Angelegenheit bei der endgiltigen Erledigung der Frage des Arbeiter-Schutzgesetzes in Reichstags zur Sprache zu bringen. — Es werde am Ende noch so weit kommen, daß jeder eine Gewerkschaftsversammlung beschickende auf die schwarze Liste komme. — Herr Veinert bedauert im Anschluß an diese Debatte, daß so außerordentlich wenig Vergolder in den sozialdemokratischen Wahlvereinen zu finden seien. — Da aus der Agitationskommission zwei Mitglieder ausgetreten, sollen dieselben der vorgerückten Zeit wegen in kommender Versammlung durch Neuwahl ergänzt werden. — Herr Schumme bringt den Antrag ein, die über die Firma Methlow u. Co. noch immer verhängte Sperre, als die Allgemeinheit der Gewerkschaft schädigend endlich aufzuheben. Die betreffende Werkstatt sei vollgeproppst von Elementen, die nicht im Stande seien, eine gute Arbeit zu machen. In Anbetracht des Umstandes, daß wirklich leistungsfähige Kollegen sich in kleinen Werkstätten herumdrücken, oftmals ein anderes Gewerbe ergreifen müssen, sei die Aufhebung der Sperre ein Akt der Klugheit. — Die Herren Wieserow und Wiltsky wenden sich scharf gegen diesen Antrag. Sie können den Nachtheil der Sperre für die Vergolder nicht erkennen. Von den Gemäßigten werde doch Niemand in die betreffende Werkstatt gelangen. Mit großer Mehrheit wurde darauf der Antrag abgelehnt und darnach die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter fand am 23. Juni im Lokale des Herrn Joel, Androssstraße, statt. Aus der Tagesordnung stand: 1. Vortrag über Arbeiterschutzgesetze. 2. Stellungnahme zur Streik-Kontrollkommission. 3. Verschidenes. Da die Referenten zu den beiden ersten Punkten der Tagesordnung, Reichstags-Abgeordneter Wallenbur und Buchdrucker Werner, nicht erschienen waren, nahm Herr Wack das Wort und versuchte in kurzer Ausführung den Zweck und Nutzen einer Zentral-Streik-Kontrollkommission klarzulegen. An der weiteren Diskussion betheiligten sich die Herren Feldmann, Greiffenberg, Marxwig und Schulz. Ein Antrag, zwei Buchbinder in die Kommission zu wählen, wurde angenommen. Gewählt wurden die Herren Jost und Grobe. Unter Verschidenem wurde ein Antrag angenommen, das Bureau der Versammlung zu beauftragen, eine öffentliche Versammlung der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen einzuberufen, in welcher Arbeiterinnen in die Streik-Kontrollkommission gewählt werden sollen. Ferner wurde noch auf das am 26. Juli in der „Neuen Welt“ stattfindende Sommerfest des Fachvereins aufmerksam gemacht und dabei betont, daß die Kollegen das von Herrn Suter zum sogenannten „Guten Montag“ arrangirte Vergnügen bei Keller's, Hofenhalde, nicht besuchen sollen. Schluß der Versammlung 11 1/2 Uhr.

Eine Mitgliederversammlung des Verbandes der vereinigten Dachdecker Deutschlands, Filiale Berlin Süd, fand am Sonntag, den 22. Juni, im Lokale des Herrn Noll, Adalbertstraße 21, mit der Tagesordnung statt: 1. Vortrag des Kollegen Radwiy. 2. Wie stellen sich die Verbandsmitglieder zu dem Antrag Köln a. Rh. 3. Aufnahme von Mitgliedern. 4. Verschidenes. Da Kollege Radwiy nicht erschienen war, so wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergegangen; hierzu nahm Kollege Mehrlein das Wort. Er führte aus, daß Kollege Ohren von seinem Arbeitgeber gemäßigert worden ist. Die Kölner Kollegen erklärten sich mit Ohren solidarisch, und legten sämmtlich die Arbeit nieder. Man beschloß die Arbeitgeber von Köln einige Wochen die Arbeit ruhen zu lassen und die Kölner Dachdecker wurden mithin ausgesperrt. Da sich die Kölner Dachdecker nun in einem Ausstand befinden, so ist es Pflicht aller Dachdecker, die Kölner Kollegen zu unterstützen, damit die Rationationen der Arbeitgeber sogleich an der geschlossenen Macht der Dachdecker, die ihnen gegenübersteht, es sprachen sich noch mehrere Redner im Sinne des Kollegen Mehrlein aus. Zu Verschidenem kritisirte Kollege Mehrlein die neuen Krankenkassenbücher, welche ein Blatt enthalten, auf welches der Ein- und Austritt geschrieben wird. Das Krankenkassenbuch der Ortsklasse ist mithin zum Arbeitsbuch geworden. Es ist Pflicht aller Kollegen, energisch gegen solche Uebergriffe Front zu machen, denn solche sind es thausächlich, da der jetzige Kollege nicht weiß, wie die Bücher beschaffen sind, dadurch, daß alle aus der Ortsklasse austreten und der Hilfskasse beitreten. Es wurde noch der Antrag gestellt, daß die Filiale Süd und Ost ihre Versammlungen zusammen abhalten. Derselbe wurde aber vom Vorsitzenden der nächsten Filialversammlung für den Osten überwiesen. Da weiter nichts vorlag, erfolgte der Schluß um 12 1/2 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefe, die Antwort nicht erheischen, werden nicht ertheilt.

H. F. 100. Ihre Mutter möge antworten, daß die gerieben 2 M. zum Ankauf eines Andenkens verwendet sind.

H. in Pözig. Sie behalten bis zum 1. Oktober die Verfügung über die Wohnung und brauchen auch den Schlüssel nicht vorher abzugeben. Ob Sie dem Buche Reparaturen gestatten müssen, hängt von dem Inhalte Ihres Kontraktes ab, den Sie darauhin prüfen mögen.

H. 15. Klagen Sie beim Charlottenburger Gewerbegericht den Lohnrest von 8 M. ein, ohne in der Klage zu erwähnen, weshalb Ihnen der Abzug gemacht worden ist. Unter den von Ihnen mitgetheilten, durch Jengen wohl auch erweisbaren Umständen können Sie zum Erlaße des verschwundenen Oelsteines nicht gezwungen werden.

H. G., Friedenstr. Zahlen Sie dem Kautschuker die 15 M. gegen Ausgabe des Kautschukscheines. Eventuell, wenn er den Schein auf Verlangen nicht herausgibt, verklagen Sie ihn unter Erbielen zur Zahlung der 15 M.

Zwei Weltende. 1. 1864. 2. 1864.